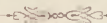


Der Zollstreit Canadas mit den Vereinigten Staaten

H. 252/253

Von

E. FITGER.



BERLIN SW 48

Verlag von Leonhard Simion Nf.

1910.

Statt eines lange dauernden Zollkrieges, den man auf beiden Seiten wie auch wohl in Europa erwartet hatte, haben die Vereinigten Staaten und Kanada überraschend schnell die Grundlage einer Einigung gefunden. Statt daß die an Bevölkerungszahl im Vergleich zu dem mächtigen Nachbarlande so winzige britische Kolonie einfach zermalmt wäre, sehen wir sie noch vor Ausbruch des eigentlichen Kampfes vollkommen siegreich. Kanada ist auch wirtschaftlich stark auf die Union angewiesen. Aber ehe diese sich auf einen Zollkrieg einließ, erkannte sie, daß ihr eigenes Wohl so eng mit dem des nördlichen Nachbarn verbunden sei, daß eine Verständigung die weisere Politik sei. Statt des Scheiterns des Grundsatzes der Imperial preference, den die englischen Schutzzöllner verfechten, sehen wir eine vollständige Kapitulation der Hochschutzzollpartei der Vereinigten Staaten vor jenem von ihr bekämpften Prinzip. Das ist ein überraschender Vorgang, der ein tieferes Eindringen in die Sache wohl rechtfertigt. Auf den ersten Blick erkennt man leicht, daß die Niederlage der Vereinigten Staaten in ihrer eigenen maßlosen Schutz Zollpolitik liegt. Diese war bereits bis aufs äußerste angespannt und konnte gegenüber einem Lande, mit dem das weite Reich durch so vielfältige Bande, durch einen so ausgedehnten Handel, durch eine so wichtige gegenseitige Kundschaft verbunden war, nicht weiter getrieben werden, ohne Schäden hervorzurufen, die man selbst noch tiefer hätte empfinden müssen als der Widerpart. All das liegt aber eben nicht gerade auf der Oberfläche.

Die Vereinigten Staaten sind eine der ersten wirtschaftlichen Großmächte des Erdballs. Ihr Boden ist sowohl an der Oberfläche wie an den Lagerstätten nutzbarer Mineralien nicht nur von einem erstaunlichen Reichtum, sondern auch von einer eben so auffallenden Mannigfaltigkeit. Von Alaska und den Kolonien ganz abgesehen, reicht er von dem subtropischen Rande des mexikanischen Meerbusens bis in Gegenden, wo eine nordeuropäische Wintertemperatur herrscht, wengleich schon der 49. Grad den hauptsächlichsten Teil der Grenze bildet. Dieses Land erzeugt mehr Baumwolle, Tabak, Mais, Weizen, Petroleum, Eisen, Kupfer als irgendein Land der Welt. Es kann daher ein innerer Warenaustausch stattfinden, wie er in keinem anderen Lande möglich ist. Dennoch steht es an Einfuhr nur zwei Ländern nach: England und Deutschland, an Ausfuhr nur England. In Milliarden Mark betrug die

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
	1908		1909	
Englands	10,5	7,7	10,5	11,3
Deutschlands	7,7	6,4	7,7	6,4
Vereinigte Staaten	5,0	7,8	5,5	7,0

Von der Ausfuhr der Ver. Staaten überwogen früher die Erzeugnisse der Landwirtschaft vollständig. Mehr und mehr treten jetzt die des Bergbaues und namentlich der Industrie daneben, denn jene scheinen wegen der raschen Bevölkerungszunahme ihrem Höhepunkt nahe zu sein. 1906 zerfiel die Ausfuhr in 969,5 Mill. Dollar für landwirtschaftliche Erzeugnisse, 53,1 Mill. Dollar für bergbauliche und 603,2 Mill. Dollar für industrielle Erzeugnisse. Dabei ist freilich zu bemerken, daß der Begriff Industrieerzeugnisse sehr weit gezogen ist. Mit ihrer Ausfuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln stehen die Vereinigte Staaten sehr mächtig da, vor allem mit Baumwolle, die kein anderes Land entbehren kann. Was die wachsende Ausfuhr von Industrieerzeugnissen anbelangt, so hat gerade diese Zollkriegsfrage gezeigt, daß auch die Vereinigte Staaten denselben Schwierigkeiten unterliegen wie andere Länder. Das hatte man in Washington schwerlich in solchem Maße erwartet.

Kanada ist ein völlig anders geartetes Land. Es ist zwecklos, seine riesige Größe zu veranschlagen, denn der größte Teil ist durch sein Klima der menschlichen Nutzbarmachung fast vollständig entrückt. Nördlich des St. Lorenz-Stromes ist der Osten dem Ackerbau nur ganz wenig zugänglich. Selbst der Wald wird bald ganz dürrtig. Elendes Gestrüpp bedeckt den Boden, nutzbare Stämme wachsen kaum noch daraus hervor. Das gilt von der Halbinsel Labrador (deren Ostküste übrigens nicht zu Kanada, sondern zu Neufundland gehört) wie auch von dem Westrande der Hudsonsbay (den Territorien Ungava und Keewatin und selbst den nördlichsten Teilen der Provinzen Quebec und Ontario), ganz zu schweigen vom Polarlande. Hier bringt nur die Pelztierjagd dem Menschen einen Lohn für seine Anstrengungen und Entbehrungen. Wesentlich anders steht es um die Mitte des Landes, um das große Flußgebiet des ins Eismeer mündenden riesigen Mackenziestromes. Wenn man, von Osten kommend, den 90. Längengrad überschritten hat, trifft man auf rasch ansteigende Isothermen. Während an der Südspitze der Hudsonsbay auf 52° nördl. Breite der Anbau der Kartoffel kaum möglich ist, kann er weiter westwärts bis in die Nähe der Mündung des Mackenzie, bis auf etwa 67½°, betrieben werden, das ist die Breite von Haparanda und der Nordküste Islands. Der Wald, allerdings ebenfalls ein Gestrüppwald, steigt noch 2° weiter nordwärts an; er endet erst 70 km südlich vom Eismeer. Als Nordgrenze der Gerste kann man 65°, des Weizens 62½° ansehen. Jenseits des unteren Mackenzie gehen die Isothermen rasch wieder nach Süden, weil sich die gewaltige Kette des Felsengebirges mit einer sehr beträchtlichen Meereshöhe einschiebt. Deren Westfuß wird von den warmen Wassern des Stillen Ozeans bespült. Er hat ein mildes Klima. Der mittlere Streifen verdankt seine hohe Temperatur zwei Umständen. Die Nordostwinde, die über Labrador und die Hudsonsbay einherbrausen, und die auch den Himmel Neufundlands so trübe machen, weichen in dem mittleren Streifen vorwiegend südwestlichen Winden. Diese kommen vom Stillen Ozean, verlieren beim Überschreiten des Felsengebirges einen sehr großen Teil ihres Feuchtigkeitsgehalts

und lassen, wenn sie die östlich gelegene Ebene erreicht haben, die Sonnenstrahlen in breitem Strom durch. Das ist der zweite Grund für die größere Milde. Er ist ähnlich wie der, der Schweden ein sonnigeres Klima bereitet als Norwegen.

Auch der Boden des mittleren Streifens ist ein wesentlich anderer als der des Ostens wie des Westens. Er besteht aus Prairiefornation, ist schlechtweg unbewaldet und bildet die nördliche Fortsetzung der Prairiestaaten zu beiden Seiten des Missouri und Mississippi. Der Winter führt ein strenges Regiment, aber der Sommer ist warm und durch einen vorwiegend wolkenlosen Himmel ausgezeichnet, der die Sommergewächse rasch zur Reife kommen läßt. Steppencharakter und damit verbunden die Gefahr der Sommerdürre! Gelegentlich tritt eine solche ein, man sucht ihr durch umfassende Bewässerungsanlagen zu begegnen. Gelände, bei dem die Möglichkeit einer künstlichen Bewässerung vorliegt, steht weit höher im Werte als anderes. In den letzten Jahren ist die Dürre nicht eingetreten.

Wenn der mittlere Streifen auch nicht regenreich ist, so teilt er doch mit dem Osten den Reichtum an Seen. Der Untergrund besteht aus einer geologisch uralten Gneißplatte, in der sich zahlreiche Mulden erhalten haben. Stufenweise fließt das Wasser ab und konzentriert damit zahlreiche nutzbare Kräfte, die der Mensch der Zukunft in seinen Dienst nehmen wird — ein Umstand, der für die soeben abgeschlossenen Zollstreitigkeiten von großer Wichtigkeit ist.

In dem südlichen Teil des mittleren Streifens hat sich dem Menschen in den letzten zwei Jahrzehnten ein ungeahnt reicher Weizenboden aufgetan. Bekannt sind die Gebiete schon seit dem Vordringen der ersten französischen Forscher, aber bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts hat man sich durch die kalten Winter abschrecken lassen. Die ersten Versuche mit Getreideanbau schlugen auch fehl. Die späten Frühjahrsnachtfröste, die frühen Herbstfröste vernichteten manchmal die Hoffnung des Sämanns. Nach englischen Quellen verdankt man für die Lösung des Getreideanbauproblems viel den Einwanderern aus den deutsch-russischen Ostseeprovinzen. Diese haben die

rasch reifenden Weizensorten mitgebracht, sie haben gelehrt, wie man die Kultur betreiben muß. Kurzum, jetzt versteht man es. Und jetzt strömt eine Menge von Einwanderern herein, die rasch erstaunliche Erfolge erzielen und Scharen anderer nach sich ziehen. Was an geeignetem Boden käuflich ist, findet schnell Eigentümer. Bahnbrechend sind die Erfolge auf dem erst in den neuesten Zeiten trocken gewordenen Boden zwischen den vordem vereinigten Seen Winnipeg, Winnipegosis und Manitoba gewesen, einem sich nordwärts von der aufblühenden Stadt Winnipeg ausdehnenden Gelände. Für den von Osten kommenden Reisenden beginnt hier mit der Provinz Manitoba das neue Weizenparadies. Es zieht sich längs des 49. Breitengrades neben der Grenze der Ver. Staaten hin und endet am Ostfuß des Felsengebirges. Es fällt im wesentlichen mit dem Stromgebiet der vom Felsengebirge herunterkommenden Flüsse Nord- und Süd-Saskatschewan zusammen, die, schon vereinigt, in den Winnipeg-See fließen. Sie verlassen ihn als Nelsonfluß, der bei Port Nelson auf dem 57. Breitengrad in die Hudsonsbay mündet. Das Weizengebiet geht aber weiter nach Norden bis in das obere Flußgebiet des Athabaskastromes, d. h. des Oberlaufes des Mackenziestromes. Die erwähnte Möglichkeit des Weizenanbaues bis $62\frac{1}{2}^{\circ}$ bedeutet nicht — wenigstens zurzeit noch nicht — daß dort eine wirtschaftlich lohnende und gar eine für den Weltmarkt ins Gewicht fallende Kultur betrieben werden kann. Diese geht vorerst wohl nicht viel über den 55. Grad hinaus.

Der große Kulturträger ist auch für diese Gegenden die Eisenbahn gewesen. Weniger die Schifffahrt. Der Oberlauf des Nord-Saskatschewan ist auf weite Strecken schiffbar, natürlich bei langer Wintersperre durch Eis. Der Unterlauf des Gesamtstromes weigert sich der Dienstbarkeit für den Menschen. Er enthält Stufen, Querriegel, Stromschnellen; außerdem ist die Mündung seicht, und endlich ist die Hudsonsbay für die große Schifffahrt ein zu ungünstiges Gewässer. Um in den Ozean zu gelangen, müssen die Schiffe erst bis zu 63° hinauf, dann kommen sie in die grönländisch-neufundländisch-westatlantischen Gewässer, wo Nebel und Eisberge

ihnen nachstellen. Da wird es stets Aufgabe der Eisenbahnen sein, die Erzeugnisse des Prairiegeländes möglich schnell an den Lake Superior zu bringen, von wo sie auf dem Süßwasserwege bis nach Montreal, Quebec oder gar New-York gebracht werden können.

Im südöstlichen Kanada, auf das noch zurückzukommen sein wird, hat sich das Eisenbahnwesen ganz ähnlich entwickelt wie das der angrenzenden Teile der Ver. Staaten. Den Umschwung brachte die kanadische Pazifikbahn. Dem geschäftlichen Unternehmungstrieb kam der politische Gedanke an eine von den Ver. Staaten völlig unabhängige Verbindung Englands mit dem Stillen Ozean zu Hilfe. Durch Kanada ließ sich eine solche am kürzesten herstellen. Bis Montreal war die Schienenstraße vorhanden. Von dort bis nach der Insel Vancouvers-Insel an der Küste von British-Kolumbia sind es 9283 km. Als der Bau um die Mitte der achtziger Jahre unternommen wurde, war fast das ganze Gebiet öde, menschenleer, unkultiviert. Und noch heute ist das Land zwischen dem Huron- und dem Superior-See einerseits und der Hudsonsbay anderseits so gut wie unerschlossen; es ist Wald, aber von geringstem Gehalt an schlagreifen Bäumen. Das gewaltige Verkehrsunternehmen wurde auf Privatrechnung gebaut. Die Gesellschaft erhielt 25 Millionen und später nochmals $22\frac{1}{2}$ Millionen Dollars Staatsunterstützung und außerdem 25 Mill. Acres, (10 Mill. ha) an Grundbesitz zu beiden Seiten der Trace.

Der Verkehr mußte selbstverständlich auf lange Zeit hinaus sehr dürftig sein. Es mußte die Aufgabe der Eisenbahnverwaltung sein, das Land erst zu erschließen, Ansiedler hereinzubringen und den Grund und Boden an diese zu verkaufen. Die 1870 mit etwa 25 000 Einwohnern gebildete Provinz Manitoba war bei der Eröffnung der Bahn der einzige kultivierte Teil des von ihr durchschnittenen Gebietes. Hier beginnt der Prairiecharakter, hier liegen die Anfänge des Weizenbaues. Die Zählung von 1901 ergab für sie 25 000 Einwohner; heute dürfte sie um die Hälfte mehr besitzen. Die Hauptstadt Winnipeg ist das „Wunder des Westens“, das vor 60 Jahren St. Louis, vor 40 Jahren Chicago war. Winnipeg ist älteren Ursprungs und

stolz auf seine Vergangenheit, auf seine alten Häuser, die inmitten der Bauten des „neuesten Amerika“ schon einen befremdlichen Eindruck machen. Sie stammen zum Teil schon aus der französischen Zeit, zum Teil aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wo die souveräne und monopolistische Hudsonsbay-Company, eine Schwester der Ostindischen Kompanie, hier ihr Hauptquartier hatte. Und doch hatte Winnipeg 1870 erst 213 Einwohner; 1901 zählte man 42 000; heute ist es die vielbewunderte Metropole von 118 000 Einwohnern (Sommer 1909). Die Kanada-Pacific-Bahn setzt durch die Prairie ihren Weg nach Westen fort, durchschneidet im Kicking-Horse-Paß bei 1614 m über dem Meere den Kamm des Felsengebirges, erreicht bei der Stadt Vancouver die salze See und hat auch auf der Insel Vancouver noch eine kurze Strecke, bis sie bei Victoria und Port Esquimaux ihren Endpunkt findet.

Seitdem ist der Eisenbahnbau im Westen mächtig gefördert. Das Felsengebirge besitzt jetzt drei Durchbrüche. Zwischen seinem Ostabhang und Winnipeg sind zahlreiche Linien entstanden. Längslinien und Querverbindungen. Wohin die Bahn kommt, da siedeln sich Farmer an; wo die Bahn eine Haltestelle anlegt, da entsteht eine Stadt. Der Ehrgeiz einer jeden ist, das „Winnipeg des Westens“ zu werden. Eine Anzahl von Städten hat es bereits zu Ruf gebracht, so Edmonton, Calgary, Battleford, Saskatoon, Regina und andere. Alles kommt darauf an, Einwanderer herbeizuführen. Seitdem bekannt geworden, daß die ersten Pioniere, freilich unter Arbeit und Entbehrungen, mit geringen Mitteln zu Wohlstand gelangt sind, strömt es massenhaft von allen Seiten herbei. Einen sehr bedeutenden Bestandteil der Einwanderer bilden Farmer aus den nahen Grenzstaaten der Union, Leute, die selber oder deren Väter mit wenig Mitteln vor dreißig oder fünfzig Jahren nach Dakota oder Jowa eingewandert waren und dort den jungfräulichen Prairieboden zum erstenmal unter Kultur gebracht hatten. Nun haben sie ihre dortigen Farmen mit großem Gewinn verkauft und erwerben im kanadischen Westen ein Vielfaches an Grund und Boden wieder. Neben ihnen kommen viele Kanadier aus den Ostprovinzen und Engländer.

Die Regierung bemüht sich sehr um diese, schon um das britisch-patriotische Element zu verstärken. Auch Deutsche, Skandinavier und russische Ostseeprovinzler sind gern gesehen. Dagegen schätzt man die Slaven nicht, weil ihre Lebenshaltung zu niedrig und ihre Wirtschaftlichkeit zu wenig entwickelt ist. Die russischen Duhoborzen haben hier eine Stätte gefunden, aber sie sind und bleiben ein fremder Bestandteil, während die übrige Bevölkerung sich rasch zu einem einheitlichen Kanadiertume verschmilzt.

Charakteristisch sind die Pfadfinder, die aus den Ver. Staaten von ganzen Gruppen Auswanderungslustiger hergesandt werden, um die Gegend mit all ihren Vorzügen und Nachteilen zu prüfen, oft bereits mit Kaufaufträgen und Geld ausgerüstet. Sobald die Eisenbahnverwaltung bekannt werden läßt, wo sie eine Station errichten will, greift alles zu, um von ihr Land zu kaufen, und zwar nicht nur die Farmer, sondern auch große kapitalistische Gesellschaften, die dazwischen treten und mit dem Lande spekulieren. Sobald die Strecken so weit fertig sind, daß sie mit Zügen befahren werden können, läßt die Verwaltung bereits Einwandererzüge ab. Mit ihrem ganzen Hausrat, ja mit fertigen, nur auseinander genommenen Holzhäusern, kommen diese an. In wenigen Wochen bildet sich eine „Stadt“ mit dem üblichen „Metropol-Hotel“, mit Bank und Postamt. Die Bahnen erzielen vielen Erlös aus dem Verkauf der Ländereien. So verkaufte z. B. die Canadian Pacific-Bahn 1892 2 419 100 Acres für 8 135 700 Dollar, also das Hektar für $14\frac{1}{4}$ Mk., allerdings ein Land ohne Wege, ohne Gräben, so wie es aus der Hand der Natur kommt. Jeder Farmer pflügt mehr Land zu kaufen, als er zurzeit bewirtschaften kann. Erst die Verkäufe der ersten Ernten setzen ihn in Stand, sein Arbeitsvieh und seine Gerätschaften zu vermehren. Arbeitskräfte sind schwer zu haben. Selbstverständlich ist die Wirtschaft ganz extensiv. Die Notwendigkeit, wenigstens einen geringen Baumbestand zu haben, wird stark empfunden. Man pflanzt um die Häuser herum kleine Gehölze an, die Regierung gibt dazu umsonst oder für ein Billiges Pflänzchen der Baumarten ab, die sich am besten bewährt haben.

Die Dominion of Canada, die noch heute Neufundland, einschließlich der Ostküste von Labrador, nicht mit begreift, wurde am 1. Juli 1867 gegründet. Sie umfaßte die fünf östlichen Provinzen und British Columbia. Der ganze übrige Westen, der ganze Norden einschließlich der ganzen Umgebung der Hudsonsbay und der Hauptteil Labradors blieben als Territorium liegen, gehörten aber auch zu der Dominion. Die Hudsonsbay-Kompagnie, die bis dahin Landesherrin in diesen Territorien gewesen war, wurde 1869 ihrer Hoheitsrechte und ihrer rechtlichen Monopole entkleidet. Als private Handelsgesellschaft besteht sie noch heute und in manchen einsamen Gegenden hat sie noch heute ein tatsächliches Monopol. 1870 wurde Manitoba, der östlichste Teil des Prairielandes, gegen den Willen der Einwohner zur eigenen Provinz erhoben und der Dominion angeschlossen. Damals blieben im Westen noch die Territorien Assiniboia, Saskatschewan, Alberta, Athabaska und Yukon übrig. Das letztere, der äußerste Nordwesten, ist noch heute Territorium. Aus den vier anderen wurden am 1. September 1905 die beiden Provinzen Alberta und Saskatschewan gebildet, so daß nun das ganze Prairiegelbiet in die drei Provinzen Manitoba, Saskatschewan und Alberta aufgeteilt ist.

Nachdem die Eisenbahnen ihre Hauptstammlinien in diese baumlosen Ebenen vorgestoßen und sich ein Netz von kleineren Linien zu bilden begonnen hatte, war die *E i n w a n d e r u n g* der alles entscheidende Umstand. Sie nahm sehr bald einen großen Umfang an. Den Hauptstrom der nach ganz Kanada kommenden Menschenmassen nahm der ferne Westen auf. Die letzte Zählung hat 1901 stattgefunden. Sie ergab für die ganze Dominion 5 371 300 Einwohner. Davon kamen auf die sieben Provinzen 5 160 000 und nur 213 000 auf die Territorien. Die Provinz Manitoba hatte damals 255 000 Einwohner. Seitdem hat die Bevölkerung gerade der drei Prairieprovinzen stark zugenommen. Nach nicht offiziellen Quellen heben wir folgendes hervor:

Nach ganz Kanada kamen 1901 49 149 Personen; 1903 wurden 128 364 gezählt. 1904 130 330; 1905 146 266; 1906 189 064; 1907 252 038; 1908 204 071. 1907 kamen auf dem

Ozeanwege 195 520 an, wobei es wahrscheinlich ist, daß viele Ankömmlinge nach den Seenstaaten der Ver. Staaten weiter gingen. Aus den Ver. Staaten kamen 1905/06 57 796, 1906/07 56 518. Die beträchtliche Wanderung von Ostkanadiern nach den Prairieprovinzen läßt sich gar nicht zahlenmäßig angeben. Im Rechnungsjahr 1907/08 belief sich die Einwanderung nach ganz Kanada auf 262 469 Personen, worunter 58 312 aus den Ver. Staaten kamen. Die geringe Zunahme erklärt sich aus der allgemeinen Krisis von 1907/08. 1909 bemerkte man wieder eine starke Zunahme, und es wird hervorgehoben, daß viele Einwanderer im Besitz von Geldmitteln seien. Vom 1. April 1908 bis 30. September 1909 belief sich die Einwanderung auf 120 933 gegen 100 477 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Darunter kamen aus den Ver. Staaten 56 486 gegen 34 259 und zu Schiff 64 477 gegen 66 218.

Die „Times“ vom 8. April 1910 melden aus Toronto: In elf Monaten sind 86 488 Einwanderer aus den Ver. Staaten nach Kanada gekommen; das ist gegen denselben Zeitraum des Vorjahres eine Zunahme von über 36 000. Man glaubt, daß das volle Jahr die Zahl auf 100 000 bringen wird. In einem einzigen Zuge hatten nach dem Einwanderungs-Inspektor die Ankömmlinge 225 000 Dollars mit sich; die an einem einzigen Tage von St. Paul kommenden brachten 1 Mill. Dollars. Und dennoch glaubt man, daß die Völkerwanderung nach dem 1. April noch anwachsen wird.

Die amtliche Statistik verzeichnet an Einwanderung nach den Prairie-Provinzen allein:

	Manitoba	Saskatschewan	Alberta	Zus.
1901	5 433	4 713	6 723	17 069
1902	9 455	11 578	12 071	33 104
1903	14 626	22 082	13 407	50 115
1904	14 155	15 356	10 717	40 228
1905	14 366	17 421	12 765	44 552
1906 bis 24. Juni	15 837	19 297	13 255	48 384
ferner nichtamtlich:				
1907	20 273	—	—	—
1908	39 789	—	—	—

In den Jahren 1901 bis 1906 dürfte eine Gesamteinwanderung von 270 000 Personen anzunehmen sein.

Sehr beachtenswert ist das chinesische Element. Dessen Einwanderung nach ganz Kanada erreichte 1904 mit 4193 Personen seinen Höhepunkt. Im ganzen wurden von 1886 bis 1908 65 283 chinesische Einwanderer verzeichnet.

An statistischen Daten für die drei Prairieprovinzen wird noch folgendes bekannt gegeben:

	Einwohner		Anbauflächen	
	1900 gezählt	1906 geschätzt	1900 Acres	1906 Acres
Manitoba . . .	255 200	365 700	2 495 000	5 064 000
Saskatschewan.	91 300	257 800	833 000	2 323 000
Alberta	73 000	185 400	163 000	529 000
Zusammen	419 500	808 900	3 491 000	7 916 000

	Ernten		
	1900	1906	
Weizen	23,4	81,4	Millionen Bushel,
Hafer	16,6	68,8	-
Gerste	3,1	4,0	-

Es wird indes noch geraume Zeit dauern, ehe die Prairieprovinzen durch ihre Bevölkerung dem Osten ein Gegengewicht geben können.

Die Urbarmachung des Westens nimmt rasch zu. Weizen, Hafer und Gerste bilden die Hauptfruchtarten. Mais kommt schon im Norden der Ver. Staaten kaum noch vor, vollends nicht in West-Kanada. Die Angaben über die Ernten schwanken sehr und die Ernten selbst sind in einem solchen Klima ebenfalls schwankend. Offizielle Statistiken würden wenig Wert haben; sie sind noch nicht eingerichtet. Nach Handelsberichten erntete ganz Kanada 1899 60 Mill. Bushels, 1906 132¹/₂. Deutschlands gleichzeitige Ernte wird auf 144¹/₂ Mill. berechnet. — Daran hat man einen Maßstab zur Abschätzung der Bedeutung des neuen Weizenlandes. 1907 wird Kanadas Ernte auf 114 534 000 Bushels berechnet gegen 138 442 000 in Deutschland. Die Nordamerikaner blicken mit einer gewissen Eifersucht auf

ihr nördliches Nachbarland. Gleichwohl brach vor kurzem Senator Mc. Cumber von Nord-Dakota in Bewunderung des kanadischen Westens aus. Er schätzte die Weizenernte auf 125 Millionen allein für West-Kanada. In zehn Jahren, so meinte er, würden dort 500 bis 700 Millionen Bushels (vier bis fünfmal so viel wie in Deutschland) geerntet werden. „Ich bin,“ so erzählte er am 20. Juni 1909, „kürzlich in jenem Lande gewesen; ich glaube nicht, daß der Boden auf die Dauer so gut ist, wie in den Ver. Staaten, aber ich weiß, daß in weniger als 20 Jahren dies Land die Kornkammer der ganzen Welt sein wird. Nur ein sehr kleiner Teil dieses ganzen Weizenbodens ist bis jetzt unter Kultur. Ich glaube, was der Oberaufseher der Eisenbahnlinsen in Kanada, Mr. Thoung, berichtet, daß erst 8 Millionen Acres (3,3 Mill. Hektar) damals unter Kultur waren, während 120 Mill. Acres (48 Mill. Hektar) schon ihre Eigentümer gefunden haben.“

British-Kolumbien bildet den unter englischer Herrschaft fallenden Teil des nordamerikanischen Westens, der zwischen den 49. und den 60. Breitengrad fällt, und das kanadische Felsengebirge umschließt. Vom Küstenrande ist etwa die Hälfte britisch; die nördliche Hälfte gehört zum Distrikt Alaska der Ver. Staaten. Das Klima des Küstenrandes ist, wo nicht zu große örtliche Erhebungen in Frage kommen, sehr milde. Fast das ganze Areal, soweit es nicht auf das allerdings sehr umfassende Hochgebirge entfällt, ist von Wäldern bedeckt. Der leitende Baum ist hier die Douglastanne (Tsuga). Die Ausfuhr beschränkt sich auf einen sehr bedeutenden Holzhandel, der viele pazifische Länder versorgt. — Es stecken sehr viele Kapitalien, deren Eigentümer Bürger der Ver. Staaten sind, in British-Kolumbien. Nach dem Februarheft 1910 der amtlichen amerikanischen Monthly Consular and Trade Reports geht eine gemäßigte Schätzung dahin, daß diese auf 150 Millionen Dollar zu veranschlagen sind, davon allein 40 Millionen Dollar in der Insel Vaucouver (Wälder, Pachtungen, Sägemühlen, Kohlen- und Kupferminen, Fischereien usw.).

Es ist hohe Zeit, nach dem Osten zurückzukehren. In diesem eigentlichen alten Kanada geht ein schmaler Zipfel

zwischen Erie- und Huronsee bis zum 42. Grade der Breite von Rom hinunter; hier herrscht ein sehr warmer Sommer, der für alle Kulturen eines gemäßigten Klimas günstig ist. Erst nördlich vom 44. und 45. Grade entwickeln sich die eigentlichen Landmassen. Hier herrscht der Wald — soweit er noch nicht vor den Äxten des Menschen, der rasenden Wut des Feuers oder der den Lärchenwäldern so verderblichen Sägefliege dahin gesunken ist. In deutscher Sprache ist eine ganz ausgezeichnete Darstellung erschienen: Die forstlichen Verhältnisse Kanadas von A. S c h e e k , forstwirtschaftlichem Sachverständigen bei dem kaiserlichen Konsulat in Montreal.*) Sie sei jedem empfohlen, der näher in diese ganze Materie eindringen will. Sie schildert den Gang der Dinge: den Raubbau an den einst so ungeheuren und ganz unerschöpflich scheinenden Waldungen, die den Bestand in geradezu beunruhigender Weise verringert hat. Eine einzelne, allerdings sehr kleine Provinz, Prinz Edwards-Insel, ist bereits waldlos geworden. Es ist ähnlich gegangen wie in einem großen Teil der Ver. Staaten. Der Weiße ist gekommen und hat so rasch er irgend konnte, das Kapital des Baumbestandes in Geld verwandelt und dann den Boden liegen lassen, bis die gütige Natur ihn vielleicht von neuem mit Wald bedeckt. Von einer vernunftgemäßen Wiederanpflanzung des Waldes ist keine Rede gewesen, und erst jetzt zeigen sich die Anfänge davon. An die Stelle des Hochwaldes mit mächtigen Stämmen ist der Buschwald getreten, der keine kräftigen Individuen mehr aufkommen läßt. In den Ver. Staaten hat oft der Mensch Feuer angelegt, um Ackerboden zu gewinnen. Das ist in Kanada auch wohl geschehen, aber nicht nur zu diesem Zwecke, sondern zuweilen gar, um auf der Brandstätte das Aufkommen von Beerenpflanzen zu begünstigen. Dort finden sich nämlich die Bären ein, die der Jäger wegen ihres Felles erlegt. Immerhin: mehr als das absichtliche Feuer hat das unabsichtliche geschadet. Jäger, Ansiedler machen sich Feuer im Walde an, und eine Unachtsamkeit vernichtet einen

*) Berichte über Land- und Forstwirtschaft im Auslande. Berlin, Deutsche Landw. Gesellschaft, 1906.

Baumbestand von der Größe einer preußischen Provinz. Am schlimmsten haben die vom Funkenflug der Lokomotive ausgehenden Brände geschadet. Man schnitt die Schneisen für die Bahndämme so eng wie möglich in den Wald. In der langen trockenen Sommerzeit fanden Lokomotivenfunken schon in der unmittelbarsten Nähe den reichsten Brennstoff und dann sanken ganze Wälder dahin. Noch leichter entzündet sich die Brandstätte zum zweitenmal, denn sie ist von abgestorbenem Gras dicht bedeckt; kommt dieses in Brand, so vernichtet es die jungen Bäumchen. Jetzt geht man dagegen vor. Man zwingt die Eisenbahnen, breitere Lichtungen anzulegen, es werden auch Waldfeuerwachen angelegt. Aber bei dem ungeheuren Areal und der dünnen Bevölkerung verschlagen sie nicht viel.

Die Ver. Staaten haben den größten Teil der Wälder für sich selbst verbraucht. Kanada hat sie hauptsächlich durch die Ausfuhr verwertet. Auch die Ver. Staaten haben heute noch eine sehr bedeutende Holzausfuhr hauptsächlich von Pitch-Pine, Yellow-Pine und White-Pine aus den Küstenstaaten. Ihre Ausfuhr an rohem und fabriziertem Holz belief sich 1908/09 auf 67 867 000 Dollar. Dem stand eine Einfuhr von fast ausschließlich unverarbeitetem oder wenig verarbeitetem Holz von 43 690 000 Dollar gegenüber.

In den Ver. Staaten ist der mittlere Streifen zu beiden Seiten des Mississippi, eben die ehemalige Prairie, einfuhrbedürftig für Holz. Und das natürliche Erzeugungsgebiet ist der Teil Kanadas, der um die großen Süßwasserseen herum liegt. Was weiter ostwärts, in der Nähe der Seehäfen produziert wird, findet seinen Weg nach England, während, wie schon erwähnt, Britisch-Kolumbien nach den pazifischen Ländern ausführt. Ontario, Neu-Braunschweig und Quebec, das sind die Hauptausfuhrprovinzen, während Prinz Edwards-Insel — wie erwähnt — fast waldlos ist, und Neu-Schottland wesentlich ein Bergwerksland ist. In jenen drei Provinzen hat man den Wald mit außerordentlicher Heftigkeit angefaßt. Dabei ist außer der Axt und dem Feuer speziell den Lärchenwäldern noch ein besonderer Feind erstanden, die Saw-fly (*Nematus Erichsoni*). Dieses Insekt ist 1885 aus den Neu-England-Staaten herüber-

gekommen und hat sich über das ganze ungeheure Gebiet von den großen Seen und den Prairien bis zum Ozean und der nördlichen Grenze verbreitet. Es hat die Spitzen der Bäume und Zweige abgefressen, bis zur völligen Vernichtung der ganzen Lärchenwälder, nur diese heimsuchend. Als es 1895 sein Werk vollbracht hatte, verschwand es plötzlich.

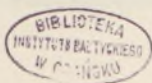
Der wichtigste Baum Ostkanadas ist die Weißkiefer (*Pinus Strobus*), sodann Lärche, Birke, Ahorn, Ulme, Eiche, Rotkiefer. Doch kommen auch noch viele andere Hölzer in Frage. Von einigen Hölzern wird der Vorrat schon so knapp, daß (wohl an anderen Teilen des Landes) namhafte Mengen importiert werden, so z. B. *) 1904 Kirschen, Kastanien, Hickory, Walnuß, Eschen 13³/₄ Millionen laufende Fuß Brettermaß (Board Measure, d. h. 1 engl. Fuß lang, 1 Fuß breit und 1 Zoll dick), ferner 15 Millionen Fuß Pitchpine und 46 Millionen Fuß Eichen. Die kanadische Handelsstatistik verzeichnet für 1909 folgende Einfuhr von Holz und Holzwaren:

	Wert in Dollars	
	aus allen Ländern	aus den Ver. St.
Möbel	449 000	385 000
Stämme und unbesägtes Holz . . .	347 000	347 000
Balken und Bretter	3 069 000	3 036 000
Sonstiges	1 844 000	1 652 000

Ein großer Teil davon wird nach den holzarmen Prairie-Provinzen gehen, während die anderen Überfluß haben.

In Kanada haben die einzelnen Provinzen die Verfügung über den noch nicht in Privateigentum übergegangenen Wald. Sie haben ihn auf verschiedene Weise verwertet, durch Verkauf, Verpachtung und Abholzungsrecht. Anfänglich nahmen die Ausnutzer schon in ihrem eigenen Interesse nur starke Stämme; dann schrieb auch die Verwaltung solches vor. Aber die Bestände erschöpften sich bald und so griff man teils mit, teils ohne Erlaubnis zu immer schwächeren Stämmen. Die Feuersgefahr spornte auch den Ausnutzer, so rasch wie möglich

*) Scheck, S. 104.



zu schlagen, damit nicht eines Tages der ganze Wert in Rauch aufging. So wurde denn in ungeheurem Umfange aus Hochwald Gestrüppwald, den man liegen ließ, ohne eine Hand daran zu legen und aus dem erst spät wieder Hochwald werden kann. Scheck entwirft in seinem Buche davon ein trostloses Bild. Er erwähnt, daß im Jahre 1901 rund 5000 Mill. Fuß Board Measure (= 418 Mill. engl. Kubikfuß) im Werte von 51 Mill. Dollar geschlagen sind. Im selben Kalenderjahre sind für 33 Mill. Dollar ausgeführt. „Im Verhältnis zu der bewaldeten Fläche Kanadas scheint die Zahl nicht groß, man darf aber nie vergessen, daß man es nicht mit deutschem Wald zu tun hat. Mit Ausnahme der Forsten in British-Columbia würde der größte Teil der kanadischen Waldungen als nutzholzarm und oft als miserabel zu bezeichnen sein.“

Die Gesamtfläche, die der Zensus als bewaldet bezeichnet, ist nach Abzug der für den Holzhandel nicht in Betracht kommenden nördlichen Gegenden 1 200 000 engl. Quadratmeilen = 316 800 000 ha. Deutschland hat 14 Mill. ha; Kanada hat also 22,6 mal so viel. Auf dieser riesigen Fläche sind natürlich noch große nutzbare Wälder vorhanden, nicht nur in British-Kolumbien, sondern auch in den Ostprovinzen. Aber der Bestand ist schon jetzt stark verringert, und seiner Erschöpfung läßt sich mit aller Deutlichkeit entgegensehen. „Die Ausfuhrverbote bzw. Einschränkungsmäßregeln haben ihr Gutes gehabt. Mühlen sind daraufhin von Amerikanern in Kanada errichtet worden und diese senden jetzt ihre Fabrikate nach den Staaten. Die Bretterausfuhr nach den Ver. Staaten hat, trotz des Zolles, von Jahr zu Jahr zugenommen und wird auch in Zukunft anhalten. Sind die Kiefern aufgebraucht, so wird Amerika Fichten nehmen, denn einzelne Teile der Ver. Staaten bekommen von Kanada auf dem Wasserwege das Holz immer noch billiger als im eigenen Lande, falls es dort auf längeren Strecken mit der Bahn geholt werden muß. Die Ver. Staaten und England sind heutzutage maßgebend für den Holzhandel Kanadas. Kaufen diese Länder nicht, so ist der Preis gedrückt, ist dort Kauflust, so steigen die Preise.“

Neben der Fülle rohen Holzes hat Kanada das Glück

geradezu unerschöpflicher Wasserkräfte. Diese drängen zur Nutzbarmachung in der Holzindustrie und gerade dem widersetzen sich die Ver. Staaten mit dem größten Nachdruck, soweit es auf ihre Holzeinfuhr aus Kanada ankommt. Das bildet einen der wichtigsten Punkte des Gegensatzes zwischen der Zollpolitik beider Länder — worauf weiterhin zurückzukommen sein wird. Dagegen hat der englische Freihandel das Emporkommen einer Holzindustrie in Kanada sehr begünstigt und daran hat diese wieder einen Halt bekommen, der ihr hilft, die Zölle der Ver. Staaten zu überwinden. Nach Scheek umfaßte die kanadische Holzindustrie 1901 3034 Fabriken mit einem Anlagekapital von 90 Mill. Dollars, sie beschäftigte 76 000 Arbeiter und stellte aus Rohprodukten im Werte von 39 Mill. Dollars Erzeugnisse im Werte von 80 $\frac{1}{2}$ Mill. Dollars her. Die wichtigsten dieser Anlagen sind:

	Anzahl der Arbeiter	Wert der Erzeug- nisse i. Mill. Dollar
169 Möbelfabriken	6 600	7
2075 Sägemühlen	52 000	51
501 andere Werke	7 200	11 $\frac{1}{2}$
25 Holzstoff und Papier- fabriken	3 200	4 $\frac{1}{2}$

Seitdem haben sich diese Zahlen noch erhöht. Dies ist natürlich nur ein Teil des Wertes, den die Kanadier aus ihren Wäldern ziehen. Die Selbstnutzung, der Verdienst an den Transporten, Teer, Terpentin, Harz sind nicht angegeben.

Daneben ist Kanada auch ein Industrieland geworden, zum Teil durch gewaltsame Mittel, auf die wir noch zurückkommen. Den ersten Teil seiner Eisenbahnen hat es durch Einfuhr von Schienen und sonstigem Material aus den Vereinigten Staaten und England geschaffen. Die allgemeine Schutzzolltendenz erfaßte das Volk und so beschloßen Parlament und Regierung für den ferneren Bedarf des Eisenbahnbaues eine eigene Eisenindustrie ins Leben zu rufen, unbekümmert um die aus den Schutzzöllen anwachsende Materialverteuerung. Der Bedarf ist bei der großen Ausdehnung des Landes und bei dem raschen Vorstoß des Bahnnetzes in die Prairieprovinzen

sehr groß. Preußen hatte Ende 1890 42 869 km Bahnlinien im Betriebe, 1907 58 040. Kanada 1890 22 533, 1907 36 125. Wir sehen also im letzterem Lande eine Entwicklung vor sich gehen, noch schneller als in Preußen und im Erreichten keineswegs sehr erheblich hinter diesem zurückbleibend. Unter der Schutzzollgesetzgebung von 1897 und 1899 entstanden zwei Eisenwerke in Sydney (Cape Breton) und Sault Ste. Marie (Ontario), aber Schienen standen noch auf der Freiliste. 1901 schloß die Regierung große Schienenlieferungsverträge mit ihnen ab, 7 Dollar die Tonne teurer als man sie gleichzeitig in England und den Ver. Staaten hätte kontrahieren können. Die Entrüstung darüber war groß. Erst 1904 war das Eisenwerk zu Sault Ste. Marie so weit, daß es Schienen liefern konnte, wodurch der Vertrag hinfällig wurde. Aber inzwischen war die Stimmung infolge des Dingley-Tarifs noch feindseliger gegen die Ver. Staaten geworden und man beschloß einen Schutzzoll von 7 Dollar die Tonne — auf Kosten des Eisenbahnbaues natürlich — aber die Schienenindustrie wurde großgezogen. 1907 lieferten die beiden Werke 340 000 t Schienen. Später wurde der Zoll zugunsten englischer Schienen auf D. 4,66 und 4,50 herabgesetzt; auf Roheisen auf D. 1,10 und gar auf 70 C. Wer nur die Stelle betrachtet, wohin die Vorteile der Schutzpolitik fallen, wird dies bewundern. Die Landwirtschaft sowie die Waldbenutzung sind die klagenden Teile. Hier ist nur das Emporkommen und der Bestand der Eisenindustrie zu schildern. Da ist zu erwähnen, daß 1905/06 581 858 t Roheisen aus kanadischem Erz und 495 335 t aus neufundländischem und amerikanischem Erz erzeugt wurden.*) — Wesentlich waren es die Ver. Staaten, die diesen bedeutenden Absatz verloren, denn sie pflegten sieben Achtel zu liefern, England ein Achtel. Jetzt ist die Ausfuhr von Schienen nach Kanada nicht mehr der Rede wert. 300 000—75 0000 Dollar jährlich. Die Ver. Staaten haben dies auf das Konto ihres Dingley-Tarifs zu schreiben.

Eine andere Form zur forzierten Belebung der Industrie

*) P o t t e r , Sixty Years of Protection in Canada, 1908, S. 399—406.

war das Patentgesetz von 1903. Man wollte die Industrie des Nachbarlandes zwingen, die Patente in Kanada selbst auszunutzen, ebenso wie es England 1909 gegen Deutschland gemacht hat. Das ist den Kanadiern in hohem Maße gelungen.

Sodann schritten die kanadischen Gemeinden dazu, den unternehmungslustigen Kapitalisten lockende Anerbietungen zu machen. Man gewährte ihnen gut gelegene Grundstücke, freies Wasser und freies elektrisches Licht, sogar Darlehen und Steuerbefreiungen. Die Gemeinden machten sich förmlich Konkurrenz.

Manche Industrien sind alt, z. B. die Wollspinnerei und Weberei. Sie haben der wechselnden Zollpolitik gegenüber wechselnde Stellungen eingenommen. Andere, wie namentlich Bergwerke, sind an die Örtlichkeit gebunden und nur ihre Rentabilität hängt von der Zollpolitik ab. Im großen und ganzen ist die Industrie Kanadas nicht gering zu veranschlagen. Angesichts des großen Landes, des rasch wachsenden Volkes, scheint sie sehr wohl einer ferneren Ausdehnung fähig, vorausgesetzt, daß man die naturgemäßen Interessen der Landwirtschaft, Waldwirtschaft, Fischerei, des Bergbaus, des Verkehrs, des allgemeinen Konsumenten an der Wohlfeilheit der Waren auch fernerhin geringschätzig vernachlässigen will. Die Ausdehnung könnte stattfinden auf Kosten der Einfuhr aus dem Auslande, die 1909 trotz des Zolles immer noch 173 Mill. Dollar betrug, wovon 102 Mill. aus den Ver. Staaten kamen. Von einer solchen Weiterentwicklung würden die Ver. Staaten am meisten leiden: sie sind es gerade, die durch ihren extremen Schutzzoll Kanada zum äußersten getrieben haben. Aber auch England mit seinen großen Lieferungen an Kanada würde empfindlich geschädigt werden, denn imperial preference mildert die Zölle Kanadas doch nur in ungenügendem Maße.

Ein Charakteristikum Kanadas ist die Pelzjägerei; sie wird in den nördlicheren Landesteilen betrieben. In ihrer Bedeutung für die kanadische Gesamtwirtschaft wird sie leicht überschätzt. Die Ausfuhr betrug 1908 nur 2,5 Mill. Dollar. Der heimische Verbrauch dürfte weit geringer sein. Ihr steht die Fischerei weit voran. Als Produktionswerte verzeichnet

die amtliche Statistik 23—29¹/₂ Millionen jährlich; die Ausfuhr betrug 1908 13,9 Mill. Dollar. Die sehr bedeutende Fischerei Neufundlands ist nicht einbegriffen; letztere erstreckt sich weit mehr auf Seefische und Hummer, in Kanada spielen Lachs und andere Süßwasserfische eine große Rolle.

Die tatsächliche Einfuhr- und Ausfuhrbewegung Kanadas.

Wie in allen neuerschlossenen, an Rohstoffen und Lebensmitteln reichen Ländern hat auch Kanada auf den Kopf seiner Bevölkerung einen sehr bedeutenden Außenhandel. Und naturgemäß ist dieser in sehr kräftiger Entwicklung. Die Einwanderung bringt viel Kapital mit sich; ebenso zieht die Installation der Landwirtschaft, der Industrie, der Verkehrsmittel, insonderheit der Eisenbahnen fremde Kapitalien an.

Aus der Gesamt-Ein- und Ausfuhr heben wir von der älteren Zeit nur ein paar Probejahre hervor und nur die letzten Jahre verzeichnen wir einzeln. Werte in Millionen Dollars (der kanadische Dollar ist gleich dem der Ver. Staaten):

	Einfuhr nach Kanada	Ausfuhr aus Kanada
1870	74,8	73,5
1880	86,5	87,9
1890	121,9	96,7
1900	189,6	191,9
1902	212,3	211,6
1904	259,2	213,2
1906	294,3	256,6
1907	259,8	205,3
1908 *)	370,8	280,0

Inzwischen ist telegraphisch bekannt geworden, daß 1909 der Gesammthandel nur 117 Mill. Dollar gegen das Vorjahr zugenommen hat.

Naturgemäß stehen im kanadischen Handel das Mutterland England wegen seiner geographischen Lage und der engen

*) The Canada Yearbook, 1908.

Beziehungen, sodann die Ver. Staaten wegen der nahen Nachbarschaft ganz obenan. Alle anderen Länder verschlagen kaum dagegen. Am engsten sind die beiderseitigen westlichen Landesteile auf einander angewiesen; schon darin liegt es begründet, daß der Handel mit den Ver. Staaten sich schneller entwickelt als der mit England, wohin sich vorzugsweise das Antlitz der am frühesten erschlossenen Ostprovinzen wendet. In Millionen Dollars kamen und gingen für home consumption:

	aus England	nach England	aus den Ver. Staat.	nach den Ver. Staat.
1870	37,5	22,5	20,7	27,4
1880	33,8	35,2	27,2	26,8
1890	43,3	41,5	51,3	33,3
1900	44,2	96,5	102,0	52,5
1902	49,0	109,3	114,7	66,6
1904	61,7	110,1	143,0	66,8
1906	69,2	127,5	169,0	83,5
1908	94,4	126,2	204,6	90,8

Die Einfuhr aus den Ver. Staaten ist also ganz ungleich schneller gewachsen als die aus England, wogegen umgekehrt die Ausfuhr nach den Ver. Staaten entfernt nicht die Entwicklung genommen hat wie nach England. Das Mutterland läßt eben alle kanadischen Erzeugnisse mit alleiniger Ausnahme von Spirituosen zollfrei ein. Auf Englands Ausfuhr nach Kanada hat die imperial preference entfernt nicht den Einfluß gehabt, wie die Umstände, die den Ver. Staaten zugute gekommen sind.

Der Handel mit anderen Ländern verschwindet daneben. Von den britischen Kolonien kamen 1908 für 13,3 Mill. Dollar. Dorthin gingen für 17,3 Mill. Dollar. Unter den Einfuhren spielten Wolle aus Australien und Südafrika, Zucker und Südfrüchte aus Westindien und verschiedene Artikel aus dem nahen Neufundland die erste Rolle. Holz, Getreide, Mehl, Fleisch, Konserven bewegen sich in umgekehrter Richtung.

Für das eigentliche Ausland blieben nur mäßige Summen übrig: in Einfuhr nur 18,7 Mill. Dollar, in Ausfuhr nur 36,9 Mill. Dollar. Unter den Einfuhren seien hervorgehoben: Belgien 3,4 Mill., Deutschland 2,4, Argentinien 2,3 Mill., Frankreich

1,8 Mill., Cuba 1,4 Mill., Brasilien 969 000, China 964 000, Holland 855 000, Japan 741 000 Dollars.

Die Ausfuhren verteilten sich u. a. auf Frankreich 10,3 Mill., Deutschland 8,3 Mill., Schweiz 2,8 Mill., Belgien 2,4 Mill., Japan 2,2 Mill., Holland 1,5, Österreich-Ungarn 1,4, Spanien 1,1, Italien 806 000, China 724 000, Türkei 535 000, Cuba 515 000.

Unbeschens kann man sagen, daß die E i n f u h r weitaus zur Hauptsache aus Industrierzeugnissen bestehen muß. Alle anderen Artikel können dabei nur eine Nebenrolle spielen. So ist es. Auch die Einfuhr aus den Ver. Staaten muß zur Hauptsache dieser Art sein. Die kanadische Statistik (The Canada Yearbook 1908) verzeichnet:

	Millionen Dollars		
	1904	1906	1908
Agrikulturprodukte	19,4	23,6	31,6
Tiere u. tierische Erzeugnisse	14,9	19,3	17,7
Fischerei-Erzeugnisse	1,6	2,0	1,9
Forst-Erzeugnisse	7,2	6,1	10,1
Fabrikate	158,9	187,8	235,2
Mineralien	0,9	1,2	1,5
Verschiedenes	25,9	26,6	37,5

Die Klassifikation ist eigenartig, z. B. zählen Kaffee, Tee, Edelmetalle zu dem „Verschiedenen“.

Unter den Industrie-Erzeugnissen stehen Eisen und S t a h l sowie Erzeugnisse daraus obenan: 1908 mit 62,9 Mill. Dollar. B a u m w o l l e und Fabrikate daraus bringen es auf 23,4 Mill. W o l l e auf 1,4 Mill., Wollwaren auf 21,0 Mill., wobei jedoch ein Teil der Wolle (gewaschene? Kammzug?) unter die Wollwaren gerechnet zu sein scheint. S e i d e und Seidenwaren 4,8 Mill. Z u c k e r , Syrup usw. (unter Industrie-Erzeugnisse gerechnet) 11,9 Mill. — Unter den Mineralprodukten stehen K o h l e n mit 29 Mill. Dollar obenan. Erze 2,8 Mill.

Nach demselben Schema gliedert Kanada auch seine A u s f u h r :

	1904	1906	1908
Agrikultur-Erzeugnisse . . .	37,1	54,1	66,1
Tiere u. tierische Erzeugnisse	63,8	66,5	55,1

	1904	1906	1908
Fischerei-Erzeugnisse	10,8	16,0	13,9
Forst-Erzeugnisse	33,1	38,8	44,2
Fabrikate	19,9	24,6	28,5
Mineralien	33,6	35,5	39,2
Verschiedenes	0,1	0,1	0,1

Unter den landwirtschaftlichen Artikeln steht Weizen obenan. Die Ausfuhr ist geradezu rapide gestiegen: 1904 13,5 Mill. — 1905: 12,4 Mill. — 1906 33,7 Mill. — 1908: 40,0 Mill. — Auch die H a f e r ausfuhr hat sich verdoppelt; sie erreicht indes nur 3,2 Mill. — Ferner ist M e h l, vorwiegend Weizenmehl, ausgeführt von 6 $\frac{1}{2}$ bis 9,2 Mill. Dollar. Kleesaat 0,8 Mill. Obst 5,9 Mill.

Die Ausfuhr von lebendem Vieh ging ein wenig zurück, belief sich aber 1908 noch auf 11,1 Mill. — Speck 10,8 Mill., anderes Fleisch 1,6 Mill. Käse erreichte die Beträge von 20,3 bis 24,2 Mill. Die Butterausfuhr ging stark zurück. Von 4,7 im Jahre 1904 und 7,1 im Jahre 1906 fiel sie 1908 auf 1,1 im Jahre 1908. Die Pelzausfuhr brachte es nur auf 2,5 Mill. Dollar.

Die Ausfuhr von Fischerei-Erzeugnissen schwankte ebenfalls. 1908 wurden verzeichnet: Schellfisch und Kabeljau 3,7 Mill., Hummer 3,1, Lachs 3,4.

Ein wichtiges Kapitel ist Holz. An rohen Stämmen, Blöcken (logs) gingen 1908 für 0,7 Mill. Dollar aus. An Brettern, Schindeln, Latten, Stäben (lumber) 35,9 Mill., darunter Bretter 21,1 Mill., an Balken (timber) 1,5 Mill. Rohholz für Holzmehl 4,7 Mill. — Außerdem finden sich unter Industrie-Erzeugnissen noch 5 Mill. Dollar an fabriziertem Holz, darunter Holzmehl (pulp), 4,0 Mill. Dollar, sowie Papier 3,5 Mill. Dollar.

Unter Industrie-Erzeugnissen werden u. a. folgende wichtigeren Posten aufgeführt: Landwirtschaftliche Geräte 3,4; Aluminium 1,0; Tauwerk 1,1; Drogen und Chemikalien 1,2; Haushalts-Gegenstände 1,9; Eisenfabrikate aller Art 1,6; Leder 2,2; Getränke (meist Whiskey) 1,4.

Das Kapitel Mineralien birgt u. a.: Asbest 1,7; Kohlen 4,8; Golderze 8,8; Kupfer und Kupfererze 7,9; Nickel und Nickelerze 2,2; Silber und Silbererze 10,8; sonstige Erze 0,5.

Handel mit Großbritannien.

In der Einfuhr aus Großbritannien überwiegen natürlich die Industrie-Erzeugnisse vollends. Lebendes Vieh zur Hebung der Viehzucht (meist Pferde) spielt mit 0,5 Mill. Dollar eine gewisse Rolle. Auch Häute (0,8) und Wolle (0,6), beides im indirekten Handel. An Fabrikaten kamen im ganzen 82,2 Mill., darunter Eisenwaren 14,9; Baumwollwaren 12,3 Mill.; Seidenwaren 2,3; Wollenwaren 17,5. — Im übrigen Fabrikate aller Art.

Umgekehrt ist Großbritannien der beste Abnehmer für Rohstoffe und Lebensmittel aller Art. An Agrikulturerzeugnissen werden 55,5 Mill. Dollars verzeichnet. Darunter allein Weizen 39,3 Mill., Hafer 2,4. Weizenmehl 4,8; Obst 4,7.

Die Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen nach England ist sehr groß, jedoch im ganzen rückgängig. 1904 erreichte sie 57,9 Mill. D., 1908 nur noch 46,2 Mill. D. Darunter sind lebende Rinder 1904 10,0, 1908 8,5 Mill. Auch die Ausfuhr von Speck und Schinken erlitt in derselben Zeit einen Rückgang von 13,2 Mill. auf 11,2 Mill. Die Butterausfuhr 1904 4,4 Mill. und 1906 gar 6,8 Mill. betragend, sank 1908 auf 0,8 Mill. Dagegen hielt sich die ungeheure Käseausfuhr auf 20—24 Mill. D. Pelze bezifferten sich 1904 auf 1,4 Mill.; 1907 wurden in 9 Monaten für 1,6 Mill. exportiert, 1909 trat dagegen ein Rückgang auf 1 Mill. in 12 Monaten ein.

Die Fischerei, ebenfalls schwankend, hatte nach England 1908 eine Ausfuhr von 3,5 Mill. D., wovon 2,4 Mill. auf Büchsenlachs und 0,6 Mill. auf Büchsenhummer kamen.

So bedeutend die Holz ausfuhr nach England ist, so steht sie doch hinter der von Tieren und vollends Getreide weit zurück. Auch sie ist gesunken, und zwar von 15,0 Mill. im Jahre 1904 auf 11,9 Mill. 1908. Bezeichnend ist, daß rohes Holz und Holz für Holzmehl kaum vorkommt. Nahezu die ganze Ausfuhr besteht aus Brettern, Planken, Schindeln usw.

An Fabrikaten kann England natürlich von Kanada nicht viel gebrauchen. Im ganzen ist dieses Kapital aber in

Zunahme. Die Summe stieg von 6,2 Mill. auf 7,5 Mill. Die Aluminiumausfuhr hob sich von 0 auf fast eine halbe Million. Drogen auf 0,3. Leder blieb ziemlich stabil mit annähernd 2 Mill. D. Papier stieg von 0,4 auf 1,3.

Die Ausfuhr an Mineralien stieg von 0,6 auf 1,6 Mill. In letzterer Summe war Asbest 0,2, Kupfer inkl. Erz 0,3. Nickel inkl. Erz 0,7.

Handel mit den Vereinigten Staaten.

Das Bild, das sich hier entrollt, muß stark abweichen von dem vorigen. Die Ausfuhr von Nahrungsmitteln muß stark zurücktreten, dafür muß in der Einfuhr sich der Charakter des Nachbarhandels stark ausprägen.

Einfuhr Kanadas aus den Vereinigten Staaten. Die Ackerbau-Erzeugnisse stiegen von 15,2 Mill. (1904) auf 24,5 Mill. (1908). Darunter nimmt Mais den ersten Posten ein; entsprechend der Zunahme der kanadischen Viehzucht stieg die Einfuhr von 4,9 auf 8,3 Mill. D. An Obst bezog Kanada ebenfalls wachsende Massen, darunter namentlich solche, die sein eigenes Klima nicht gewährt, Feigen, Pflaumen, Nüsse, Bananen, Orangen, Zitronen. 1908 zusammen 5,7 Mill. Dollars.

Tiere und tierische Erzeugnisse 1904 9,3 Mill., 1908 10,1 Mill. Darunter lebende Tiere rückgängig. 1904 1,9, 1908 1,1 Mill.; vorwiegend Pferde. — Häute rückgängig von 2,7 auf 1,4 Mill. Schmalz stark steigend von 0,1 auf 1,1. Speck und Schinken ebenfalls von 0,9 auf 1,6. Wolle 0,3 Mill. D.

Fischerei fast unverändert bleibend 0,6 Mill., darunter Austern 0,35.

Forsterzeugnisse. Trotz der eigenen großen Wälder Kanadas wurden 1904 für 7,1 Mill. D., 1908 für 10,0 Mill. eingeführt. Darunter Bretter 2,1; Eichenholz 2,2 Mill., Pitchpine 2,2. Kirschen, Nußbaum 2,1; Zaunpfähle und Schwellen 0,6 Mill. Dollars.

Industrieerzeugnisse machen den Hauptposten aus: 1904: 81,11 Mill., 1908: 116,6 Mill. Und zwar steht Eisen

und Stahl nebst Fabrikaten daraus an der Spitze: 1904: 30,1, 1908: 45,9 Mill., Kupfer 1,4 bis 3,1 Mill., Baumwolle 8,5 Mill., Drogen, Farben usw. 3,4 bis 6,0. Guttapercha 2,5 bis 3,2. Papier und Papierwaren 2,0 bis 2,7, Leder 1,7 bis 2,8, Zinn 0,9 bis 1,7.

Die Einfuhr von Mineralien steigt von 23,0 auf 34,5. Sie besteht ganz überwiegend aus Kohlen. 1908 29,9 Mill., Öle 2,4, Erze 2,2.

Unter Verschiedenem stehen Einwanderers Gut mit 6,8 und Edelmetalle mit 6,0 Mill. Dollars.

Im ganzen nahm die Einfuhr Kanadas aus den Vereinigten Staaten folgenden Gang:

	In Millionen Dollars		
	1904	1906	1908
Ackerbau-Erzeugnisse	15,2	18,6	24,5
Tiere u. tier. -	9,3	10,0	10,1
Fischerei- -	0,6	0,6	0,6
Forst- -	7,1	6,0	10,0
Industrie- -	81,1	100,2	116,6
Mineralien	23,0	23,7	34,5
Verschiedenes	14,5	16,7	14,3
Zusammen	150,8	175,8	210,4

Diese Zahlen schließen die Durchfuhr ein; sie sind um etwa 6 Mill. D. größer als die auf S. 2 verzeichneten, die nur die Waren für home consumption enthalten. Die Abweichung ist ohne Bedeutung.

Die Ausfuhr Kanadas nach den Vereinigten Staaten hatte folgende Hauptzahlen:

	1904	1906	1908
Ackerbau-Erzeugnisse	3,9	5,8	3,1
Tiere u. tier. -	4,2	7,3	7,7
Fischerei- -	4,2	4,9	4,8
Forst- -	15,0	23,1	27,5
Industrie- -	7,4	9,6	12,4
Mineralien	32,0	32,9	35,2
Verschiedenes	0,1	0,0	0,0
Zusammen	66,8	83,6	90,7

Auf den ersten Blick sieht man, daß die Ausfuhr weit zurückbleibt hinter der Einfuhr. Die Vereinigten Staaten wollen wohl Rohstoffe, namentlich rohes Holz und rohe Mineralien, aber gegen Lebensmittel und Fabrikate wehren sie sich heftig.

Unter den landwirtschaftlichen Erzeugnissen ging Obst in wachsenden Mengen nach den Vereinigten Staaten. 1908 für 0,7 Mill. Getreide, meist Gerste, Hafer, Erbsen, Weizen für 0,6; Kleesaat 0,5. Lebende Tiere 2,1, darunter Rinder 0,6, Schafe 0,9, Geflügel 2,1. Tierische Erzeugnisse sind von 2,9 auf 5,6 gestiegen. Darunter Häute 3,4, Pelze 1,4, Wolle 0,4.

Die Fischeinfuhr verteilt sich auf sehr viele Einzelheiten; es kommen frische, gesalzene und Waren in Büchsen vor.

Sehr interessant ist das Kapitel Forsterzeugnisse. Sichtlich haben die Vereinigten Staaten wachsenden Bedarf für kanadisches Holz, aber dessen Ausfuhr in rohem Zustande erschwert Kanada; in Stämmen wurde nur für 0,7 Mill. D., an Balken (timber) nur 60 000 D. ausgeführt. An Brettern, Planken, Latten, Schindeln (lumber) usw., also halbbearbeiteten Waren stieg die Ausfuhr von 12,2 auf 20,8 Mill. An Schwellen von 0,2 auf 0,6. Endlich an Schleifholz für Holzmehl von 1,8 auf 4,7 Mill.

Die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen ist durch die hohen nordamerikanischen Zölle völlig unterbunden. Sie ist zwar im Steigen begriffen, verschlägt jedoch gar nicht gegen die Bewegung in umgekehrter Richtung. Die Gesamtausfuhr von eigentlichem fabriziertem Holz erreicht nur 133 000 D. Denn Holzmehl (pulp), das mit 3,5 Mill. den größten Posten der Industrieerzeugnisse ausmacht, ist doch eigentlich nur Rohstoff für die Papierfabrikation. Pulp wollen die Amerikaner gern haben; es steht auf der Freiliste des Payne-Tarifs. Sonst sind hervorzuheben: Haushaltseffekten 1,7, Whiskey 1,1, Papier 1,0, Tauwerk 0,9. Alles übrige zersplittert sich in Kleinigkeiten.

Den Hauptbestandteil der Ausfuhr bilden Mineralien. Unter diesen steht Golderz mit 8,7 Mill. obenan. Es ist die Ausbeute aus dem Klondyke-Gebiet; sie ist in beständiger Ab-

nahme; 1902 betrug sie 18,7 Mill. Dagegen befindet sich die Ausfuhr von Silber und Silbererzen in stark steigender Entwicklung: 1902: 1,8, 1908: 10,2 Mill. Die Erze von Edelmetallen haben mit der Zollpolitik eigentlich nichts zu schaffen; sie gleichen den Edelmetallen selbst. Man sollte sie aus der kanadischen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten ausscheiden, dann würde diese sich um ca. 20 Mill. D. verringern und ihre Knebelung würde vollends hervortreten. — Sonstige Posten von Belang sind Kupfer und Kupfererz 7,6 Mill., Asbest 1,3, Nickel 1,5, Kohle 4,0 Mill.

Auf Kanadas Warenaustausch mit anderen Ländern brauchen wir nicht einzugehen, weil er neben dem mit den beiden Hauptländern vollständig verschwindet.

Hiernach haben wir vom kanadischen Handel ein vollständiges Bild vor uns. Vor allen Dingen erkennen wir deutlich die Quellen von Kanadas so ganz verschiedenen Gesinnungen gegen England und gegen die mächtige Nachbarrepublik. England nimmt alle kanadischen Waren mit offenen Armen auf, zollfrei; nur Whiskey unterliegt einem Zoll, aber dieser ist kein Schutzzoll; Whiskey wird auch besteuert, wenn er in England selbst erzeugt wird. Die Vereinigten Staaten dagegen nehmen nur eine Anzahl Rohstoffe, die sie teils gar nicht entbehren können (wie Holz und gewisse Erze), oder die der einheimischen Produktion keine Konkurrenz machen, gern auf. Gegen alle anderen Erzeugnisse führen sie dagegen ihr Schutzollsystem, um nicht zu sagen: Prohibitivsystem mit größter Rücksichtslosigkeit durch. Daraus erklärt sich die Erbitterung der Kanadier und die Entschlossenheit, es mit einem Zollkriege zu wagen.

Doch noch anderes kommt hinzu. Der kanadische Wald als herrenloses Eigentum verfiel natürlich sehr bald dem Fiskus. Die Provinzen verkauften oder verpachteten ihn, um Nutzen daraus zu ziehen. Als nun mehr und mehr hervortrat, daß die Vereinigten Staaten selbst einer bedeutenden Holzeinfuhr

bedurften, kauften oder pachteten amerikanische Sägemüller, Holzhändler, Spekulanten kanadische Wälder, die sie zu wahren Spottpreisen erhalten konnten. Scheck erzählt, daß die Provinz Quebec 1904 135 538 Acres zum Preise von 59 531 D. verkauft hat. Das sind 4,65 Mk. pro Hektar!! Wäre nicht die Feuergefahr, so wären solche Wälder ein Spekulationsgegenstand für ein kaum nennenswertes Anlagekapital. Nun müssen die amerikanischen Waldbesitzer und Waldpächter doch zur Realisierung schreiten. Zum Teil müssen sie es auch, um ihre Sägemühlen überhaupt in Betrieb halten zu können. Eben die Sägemüller und weiterhin die Möbelfabriken usw. sind es aber, die dem bearbeiteten kanadischen Holz am allerfeindseligsten sind. Sie treiben die Zollgesetzgebung zu ihren maßlosen Zollsätzen an, die, wie wir gesehen haben, die Einfuhr bearbeiteten Holzes nach den Vereinigten Staaten nahezu unmöglich machen. Kanada soll ihnen die rohe Ware liefern, aber von seinen reichen Schätzen an Rohstoff und Wasserkraften selbst keinen Gebrauch machen.

In seiner großen Erbitterung hierüber hat Kanada schon mehrfach zu außerordentlichen Mitteln gegriffen. Das nächstliegende war, daß es, sei es nun die Dominion, seien es die einzelnen Provinzen, unbearbeitetes Holz mit einem ähnlichen Ausfuhrzoll belegte wie die Amerikaner bei der Einfuhr von Fabrikaten erhoben. Das hat einige Jahre funktioniert. Dann gelang es der Vermittlung Englands, Kanada zur Rücknahme dieser Verfügung zu bewegen. In einem Zollkriege könnte sie jeden Augenblick wieder hergestellt werden und unstreitig würde sie die Holzindustrie und die Konsumenten gewisser Gegenden schwer schädigen.

Die meisten einzelnen Provinzen blieben bei ihren Maßnahmen zugunsten der eigenen Holzindustrie. Sie legten in neue Kontrakte die Klausel ein, daß die Stämme in Kanada gesägt und gehobelt werden mußten. 1897 verbot Ontario geradezu die Ausfuhr unbearbeiteten Holzes aus Staatswaldungen. Oder es wurden die Pachtsummen abgestuft; je roher die Stämme ausgeführt wurden, desto höher war die Pacht. Auch mit mancherlei indirekten Maßregeln traf man die Tendenz der Amerikaner, nur rohes Holz aus Kanada zuzulassen.

Auf weiteres werden wir zurückkommen, wenn wir am Schluß über die entscheidenden Verhandlungen berichten, durch die der Zollkrieg vermieden wurde, wobei sich der Sieg an Kanadas Fahnen heftete.

Die Zollpolitik seit 1897.

In Kanada ist der Gegensatz zwischen Freihandel und Schutzzoll alt. Von 1876 an verlangten die damals in der Opposition befindlichen Konservativen Schutzzölle. Von 1879 bis 1896 ist die konservative Partei, die zuletzt von Sir Charles Tupper geführt wurde, am Ruder gewesen. Sie war Schutzzöllnerin, aber Gegnerin der Vorzugszölle für England. In dieser Zeit war die liberale Opposition freihändlerisch; ob radikal oder nur relativ, das braucht hier nicht näher erörtert zu werden. Ihre Koryphäen, die noch heute an der Spitze stehen, der Premierminister Sir Wilfried Laurier und der jetzige Finanzminister Fielding haben manches freihändlerische Programm unterzeichnet und manche freihändlerische Rede gehalten. Seit etwa 1890 machte sich der Gedanke der imperial preference mehr und mehr geltend. Kanada ging mehr und mehr auf den Plan ein, seinen Lebensmitteln und Rohstoffen den zollfreien Eintritt nach England zu erhalten, dagegen England zu bewegen, auf gleichartige Stoffe, von fremden Ländern kommend, einen Zoll zu legen. Es sehnte sich danach so sehr, daß es bereit war, den englischen Einfuhren nach Kanada Vorzugszölle zu bewilligen, in der Hoffnung, daß dann England zu gleichartigen Bevorzugungen übergehen werde. Das letztere ist bis jetzt noch nicht geschehen. Unterdessen ist Chamberlains Plan wohl nirgends so populär gewesen wie in Kanada. Dieses machte sogar den Anfang damit, als die Handelsverträge Englands mit Deutschland und Belgien von 1865 noch in Kraft waren, die Deutschland und Belgien in Englands Kolonien volle Gleichberechtigung mit England selber sicherten. Das mußte die englische Regierung natürlich als vertragswidrig anerkennen. Erst durch die Kündigung der Verträge zum 30. Juni 1898 schuf sie freie Bahn für kanadische Zollvorzugsmaßnahmen.

Den Kern der freihändlerischen Opposition bildeten naturgemäß früher die Landwirte, Fischer und Waldausnutzer. An imperial preference dachte man vor 1890 noch nicht ernstlich. Beide Gruppen litten schwer unter der Preisverteuerung durch die Schutzzölle, von denen sie doch keinen Vorteil hatten. Erst die Hoffnung auf Vorzugszölle in England machte sie geneigt, ebenfalls sich dem Gedanken anzuschließen. Da sie jedoch nichts für sich erreicht haben, so kann man nur sagen, daß die Industrie mit ihrem Schutzzoll auf der ganzen Linie gesiegt hat. Denn auch England gegenüber ist der Schutzzoll nach wie vor so hoch, daß die Industrie weit höhere Preise erzielen kann, als sie der Weltmarkt rechtfertigt. Und gegenüber den Vereinigten Staaten wirkt er so stark, daß Amerikaner gezwungen wurden, in Kanada Filialfabriken anzulegen. Porrit*) erzählt, daß von 1880 (bis 1908?) 130 große amerikanische Industrie-Konzerns in Kanada errichtet sind. Die meisten gehören der Eisen- und Stahlbranche an; sie sind herübergekommen, um von den hohen kanadischen Zöllen, von der „Made in Canada“-Klausel und dem Patentgesetz Vorteil zu ziehen, aber auch, weil das kanadische Patentgesetz sie dazu zwang.

Als die Liberalen 1896 die Mehrheit im Parlament erlangten, war ihr Programm die Erleichterung der Zölle. Das Pivot, um das sich ihre Politik allmählich drehte, war die Vorzugstellung der Einfuhr aus dem Mutterlande. Es ist also nicht Hochschutzzöllnerei gewesen, womit sie die Wirtschaft Kanadas reformieren wollten. Diese gewann erst allmählich den entscheidenden Platz gegen die Vereinigten Staaten und dann noch mehr gegen Deutschland, das sich die Zurücksetzung gegen England nicht gefallen lassen wollte und daher seit 1898 auf kanadische Erzeugnisse den allgemeinen Zolltarif anwendete.

Der Mac Kinley Zolltarif von 1890 hatte die Einfuhr aus Kanada schwer getroffen. Die Ackerbauerzeugnisse, deren Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten 1888, 10,3 Mill. D. be-

*) Sixty Years of Protection in Canada, 1908, S. 366.

tragen hatte, sanken bis auf 2,8 Mill. im Jahre 1894 und 1,1 im Jahre 1898 und 1899. Ihr Maximum ist seitdem 5,8 Mill. im Jahre 1906 geblieben. Trotzdem waren noch in ihren Wahlaufrufen von 1893 die Liberalen stark freihändlerisch. Sie verwarfen das damalige Schutzzollsystem, weil es auf ungesunder Grundlage erbaut sei, der Regierung zur Korruption diene, Monopole, Trusts und Syndikate ermuntere, den Wert der Farmen verringere, die Einwanderung hemme und den Handel hindere. *) Ähnlich Sir Wilfrid Laurier in einer vielbemerkten Rede.

Im April 1897 veränderten die in die Regierung gekommenen Liberalen den Zolltarif. Die Landwirtschaft begann schon damals sich von ihnen zu trennen, dagegen legte die Regierung mehr und mehr Wert auf die Industrie, die sie in vielen Enqueten anhörte. Kohle und Eisen gewannen Einfluß. Sie schwankte herum und mit der in Amerika üblichen Deutlichkeit sprach man von Verrat. Die konservativen Schutzzöllner verurteilten auf das Schärfste das Entgegenkommen gegen England, womit sich die Industrie im allgemeinen einverstanden erklärte, weil — die Zölle gegen England hoch genug blieben und gegen andere Länder erhöht wurden. In der Opposition verhartete namentlich die Wollindustrie. Nur einzeln hatten die Verbraucher den Vorteil einer Zollermäßigung. Die Eisenzölle wurden ermäßigt, dafür erhöhte man die Subvention. Die Baumwollzölle dagegen wurden hinaufgesetzt. Porritt glaubt (1898), daß die Industrie, soweit sie damals oppositionell gewesen, heute ihren damaligen Standpunkt völlig aufgegeben habe.

Ein bedeutungsvoller Umstand war, daß in den Wahlen der Vereinigten Staaten vom November 1896 die Hochschutzzollpartei abermals gesiegt hatte. Der von den Demokraten 1894 erlassene gemäßigte Wilson-Tarif mußte 1897 dem Dingley-Tarif weichen, dem höchsten, den bis dahin die Vereinigten Staaten gehabt haben. Er war in jeder Beziehung äußerst feindselig gegen Kanada. Wie aus dem oben mitge-

*) Porritt, S. 370.

teilten Zahlenmaterial ersichtlich, ist die Einfuhr von Erzeugnissen des Ackerbaues und der Tierzucht sowie der Industrie stark eingeschnürt. Kanada ist z. B. in Käse so exportfähig, daß es England für 23 Mill. D. senden kann; nach den Vereinigten Staaten nur für 17 732 Dollar. Sehr bezeichnend sind die Holzölle des Dingley-Tarifs. Auf die Freiliste setzen sie: Holzstämme, rundes unbearbeitetes Nutzholz, Schleifholz zu Holzmasse, Brennholz, auch gewisse Schiffsbauhölzer: alles Dinge, die sie haben müssen. Dem Zoll von 1 Cent pro Kubikfuß werden unterworfen: Bauholz, behauen oder vierkantig oder Rundholz zu Sparren oder für Schiffsbau. Gesägte Bretter, Planken, Dielen usw. aus Weißholz, Ahorn und Linden kosten 1 Dollar für 1000 Fuß Brettermaß (= $83\frac{1}{3}$ Kubikfuß); anderes gesägtes Holz kostet 2 Dollars. Holzmasse $\frac{1}{12}$ Cent per Pfund. Aber wenn Bauholz irgendwelcher Art gehobelt oder zugerichtet ist, soll außer den vorerwähnten Sätzen für jede gehobelte Seite noch ein Zoll von 50 C. für 1000 Fuß Brettermaß; wenn auf einer Seite gehobelt, gezapft und benutet 1 Dollar; wenn auf 2 Seiten $1\frac{1}{4}$ Dollar erhoben werden. Auf Tannen, Kisten, Fässer usw. ein Wertzoll von 30 pCt., auf Haus- und Zimmermöbel ein solcher von 35 pCt.

Der Dingley Tarif unterstützte nachdrücklich das Verlangen Kanadas nach Begünstigung Englands, das in so vorteilhaftem Gegensatz zu den Ver. Staaten alle kanadischen Waren mit Ausnahme von Whisky zollfrei hereinließ. Der ganze Kampf drehte sich um die Ver. Staaten. Der Kampf gegen Deutschland spielte eine ganz untergeordnete Rolle dabei. Wenn man die Sache vom kanadischen Gesichtspunkt ansieht, so muß berücksichtigt werden, daß die Dominion den Vereinigten Staaten einen vermehrten Anlaß zum Zolkampf gegen Kanada gegeben hätte, wenn sie den Vorzug nicht nur dem Mutterlande, sondern auch Deutschland, einem fremden Lande, zuerkannt hätte. Deutschland besser zu behandeln als die Nachbarrepublik, das wäre immerhin eine herausfordernde Maßregel gewesen.

Im April 1897 beschloß Kanada die Tarifrevision und die Einführung eines Zollnachlasses für England. Auf die Oppo-

sition der Wollindustriellen wurde nicht geachtet; sie waren es hauptsächlich, die die Herabsetzung des Zolls auf einige ihrer Artikel hinnehmen mußten.

Auch die Eisenzölle wurden etwas ermäßigt, wogegen die Unternehmer die schon früher erwähnten Subventionen einheimsten. Der vorwiegend schutzzöllnerische Charakter des Tarifs von 1897 wurde nicht mehr geleugnet. Der Wertzoll waltete vor. 83 Zölle lauteten auf 25 pCt., 70 auf 30 pCt. und 50 auf 35 pCt. Letzterer Satz kam als höchster im schutzzöllnerischen Tarif von 1894 nur einzeln vor.*)

Die Wollindustrie blieb bei ihrer Opposition und beklagte die Zugeständnisse an England. Sie drohte die Fabriken zu schließen. Die Amerikaner, so sagte sie, machten ihnen wenig Konkurrenz; ihre Hände seien die Fabrikanten von Yorkshire, Wiltshire und Schottland. Sie klagte, daß die Einfuhr aus England sich von 6,3 Mill. im Jahre 1897 auf 9,0 Mill. im Jahre 1901 erhöht habe und daß der Wert der kanadischen Erzeugung von 9,8 Mill. auf 7,0 Mill. gefallen sei. Man setzte dem wirtschaftlichen britischen Imperialismus das „Made in Canada“ entgegen und trieb damit die stärkste Agitation. Durch das Gesetz vom 8. Juni 1904 kam Kanada wirklich den Klagenden etwas entgegen. Es haben überhaupt mehrfache kleinere Umgestaltungen des Tarifs von 1897 stattgefunden.

Die Entstehung einer kanadischen Schienenproduktion haben wir schon oben berührt (Siehe S. 19). Sie fällt in diese Zeit. Es darf nicht vergessen werden, daß Staatssubventionen dabei eine große Rolle spielen. Von 1883—1897 wurden solche niemals in höherem Betrage als 125 000 D. jährlich bezahlt. 1905/06 beliefen sie sich auf 2,4 Mill. D.

Die verschiedenen Trusts in den Vereinigten Staaten, die sich durch diese Politik bekämpft sahen, versuchten nun, das Emporkommen der kanadischen Industrie dadurch zu verhindern, daß sie gelegentlich große Massen ihrer Waren nach Kanada warfen, um die keimenden Konkurrenz-Institute zu ersticken. Dabei, so behaupteten die Kanadier, deklarierten

*) Porrit, S. 388.

sie die Werte viel zu niedrig, um den Wertzoll herabzudrücken. Ob die Anklage begründet ist, steht dahin, mit derselben Anklage, jedoch durchweg ohne Grund, haben die Amerikaner die Einfuhren aus Deutschland und England schikaniert. Darauf wurde dann die dumping-clause, die Schleuderklauseel eingeführt, die sich gegen Unterdeklarationen wendet. — In Verbindung damit stand auch der oben erwähnte Zwang zur Ausübung von Patenten in Kanada.

Nachdem am 30. Juni 1898 der Handelsvertrag mit England bezüglich der Meistbegünstigung Deutschlands in den Kolonien erloschen war, schritt Kanada am 24. Oktober 1903 zur Erhebung eines Kampfzolls von $33\frac{1}{3}$ pCt. auf Einfuhren aus Deutschland und allen Ländern, die Kanada die Meistbegünstigung versagen. Diese Maßregel traf natürlich in erster Linie Deutschland. Es lag kein Grund vor, sie auf die Vereinigten Staaten auszudehnen, weil letztere die kanadischen Erzeugnisse nicht schlechter behandelten als irgendwelche anderen. Die Wirkung auf die deutsche Ausfuhr war stark. Diese betrug nach deutscher Statistik:

Vor dem Kampfzoll		Nachher	
1900	20,0 Mill. Mk.	1904	23,2 Mill. Mk.
1901	26,5 - -	1905	21,8 - -
1902	38,7 - -	1906	24,5 - -
1903	35,8 - -	1907	29,6 - -
		1908	20,3 - -

Immerhin war diese Ausfuhr noch bedeutend größer als diejenige Kanadas nach Deutschland.

1906: 19,4; 1907: 9,8; 1908: 7,1 Mill. Mark. — Händler und Verbraucher von deutschen Waren klagten, daß sie für gewisse Artikel, z. B. Damenhüte, Frauenkleider keinen Ersatz anderswoher haben könnten. Den Zollzuschlag (1905/06 550000 Dollar) müßten die Konsumenten tragen.

Durch die Revision von 1904 wurde u. a. der britisch-westindische Sirup auf die Liste der zollfreien Artikel gesetzt, Petroleum von 5 auf $2\frac{1}{4}$ c. die Gallone herabgesetzt.

Die Agitation für Erhöhung der Schutzzölle und für Bevor-

zungung der Einfuhr aus England nahm ihren Fortgang. Die Fabrikanten-Vereinigung sorgte für Verbreitung zweier einander ähnlicher Plakate, von denen das eine den Ankauf kanadischer Waren empfahl, das andere solcher aus dem britischen Reiche, wenn kanadische nicht erlangbar seien. Mehr und mehr ging man zu der Forderung eines dreifachen Tarifs über: eines niedrigsten für England, eines mittleren für Staaten wie Holland und Belgien, die nur Finanzzölle erheben, und eines hohen für die Vereinigten Staaten und Deutschland, die sich durch hohe Schutzzölle absperren. 1905 setzte die Regierung eine Zolltarif-Kommission ein, die überall die Wünsche der Interessenten entgegennahm. Aber nun rührten sich doch auch wieder die Landwirte. Auch sie bildeten eine Organisation, jedoch um Zollerhöhungen zu bekämpfen, und sie hatten damit weitgehenden Erfolg.

Der hier wiederholt angeführte Edward Porrit, Verfasser des Buches *Sixty Years Protection in Canada*, berichtet, daß die Geschäfte um jene Zeit in Kanada glänzend gingen; er beklagt, daß solche Erscheinungen doch niemals die Interessenten hinderten, noch mehr Zollschutz zu fordern. So sei es auch in Kanada gegangen. Er ist Lobredner des kanadischen Schutzzolls, beklagt aber doch die Übertreibung der Forderung. Die Lebenskosten seien um 30 pCt. gestiegen. Man forderte immer aufs neue Zollschutz, wobei sehr oft das bekannte Moment der Erziehung einer Industrie angeführt wurde. Auch nach mehr Schutz gegen England verlangten die Fabrikanten, wogegen die Landwirtschaft, Fischerei und der Bergbau die stärksten Anwälte der Vorzugszölle für England wurden, und zwar als Gegenschlag gegen die Verteuerung aller Bedürfnisse des Lebens durch die Zölle überhaupt. Das waren also *r e l a t i v f r e i h ä n d l e r i s c h e M o t i v e*. Die Konsumenten als solche waren natürlich wie immer ohne Organisation.

Am 12. April 1907 kam der neue, jetzt gültige kanadische Zolltarif zustande. Die Landwirte usw. traten in die Abwehr einer weiteren Zollerhöhung hier und da erfolgreich ein; sie befestigten und erweiterten die Bevorzugung Englands. Im ganzen aber erreichten die Industriellen abermals eine Erhöhung

des Zollschutzes. Auf viele Artikel wurde der Zoll um $1\frac{1}{3}$ bis $7\frac{1}{2}$ pCt. erhöht. Auch wurde das Subventionssystem bis 1912 verlängert. Porritt verurteilt diese Übertreibungen scharf. Er betont am Schluß seines Werkes, daß es für England hoffnungslos sei, noch irgend weitere Zollzugeständnisse von Kanada zu erwarten.

Der neue kanadische Tarif ist völlig dreiteilig; er enthält den Vorzugstarif für England, den Mitteltarif und den Generaltarif. Außerdem bestimmt Art. 7: „Produkte und Fabrikate eines fremden Landes, welches die kanadische Einfuhr ungünstiger als die anderen Länder behandelt, können außer den in diesem Gesetz angegebenen Zöllen mit einem Zuschlag belegt werden, der in jedem Falle ein Drittel des im Generaltarif angegebenen Satzes beträgt.“ Deutschland und die Verein. Staaten wurden nach dem Generaltarif behandelt, Deutschland außerdem noch mit dem Zuschlag von einem Drittel des Zolles belegt, die Verein. Staaten nicht. Dieser Kampfsoll gegen Deutschland ist am 15. Februar 1910 wieder beseitigt worden, doch sind Deutschland noch nicht alle die Ermäßigungen zugestanden, die inzwischen den Franzosen gemacht waren, auf welche einzugehen der Raum dieser Schrift verbietet.

Den Zollvorzug Englands genießen auch die englischen Kolonien.

Einige wenige Artikel seien zur Kennzeichnung des ganzen hervorgehoben.

	Vorzugs- tarif	Mittel: tarif	Allgem. tarif
Zucker über 11 pCt. holl. 100 Pf.	0,72	0,98	1,08 C.
Rohzucker bis Nr. 16 : 56 bis 75^0 p. 100 Pf.	$0,31\frac{1}{2}$	0,45	0,52 -
Melasse	0	$0,02\frac{1}{2}$	0,03 -
Gußeisen-Ingots p. Ton. D. . .	1,50	2,25	2,50 -
Gewalztes Winkeleisen per Ton. D.	4,25	6,00	7,00 -
Eisen- und Stahlträger per Ton. D.	2,00	2,75	3,00 -

	Vorzugs- tarif	Mittel- tarif	Allgem. tarif
Schienen	25 pCt.	25 pCt.	25 pCt.
Laschen p. Ton. D.	5,00	7,00	8,00 C.
Brücken, Bauwerk, Säulen usw.	22½ pCt.	30 pCt.	35 pCt.
Drahtnägel p. 100 Pf.	40	55	60 C.
Artikel aus Jute	15 pCt.	22½ pCt.	25 pCt.
Garne aus Jute, Wolle und Baumwolle	frei	frei	frei
Sammet und Seidenplüsch . .	17½ pCt.	27½ pCt.	30 pCt.
Schiffe	15 pCt.	25 pCt.	25 pCt.
Damenhüte	22½ pCt.	30 Cpt.	35 pCt.

Zwei Jahre nach dem neuen kanadischen Zolltarif trat der neue amerikanische Tarif ins Leben, der Payne-Tarif. Aus Anlaß der für den November 1908 bevorstehenden Präsidenten- und Kongreßwahl hatte die republikanische Partei und namentlich ihr Haupt, Präsident Roosevelt, eine Revision des Tarifs befürwortet. Alle Welt verstand das als die Einleitung einer Herabsetzung. Daraufhin wurde der Staatssekretär Taft zum Präsidenten erwählt. Das Werk der seit Sommer 1908 tagenden Zolltarifkommission sah indeß, als es ans Licht trat, nicht nach Ermäßigung aus. Viele Artikel, namentlich deutsche, wurden empfindlich im Zoll erhöht. Einer der wichtigsten k a n a d i s c h e n Ausfuhrartikel hingegen, H o l z , wurde stark herabgesetzt.

Stämme und rundes unbearbeitetes Nutzholz, auch Holz zu Holzmasse, Schiffsbauholz, Schiffsplanken blieben auf der Freiliste. Desgleichen Bauholz, längsseitig behauen, vierkantig behauen, rund. Auch eine Anzahl besonderer Holzarten.

Bauholz behauen, längsseitig bearbeitet, ungesägt, Rundholz zu Sparren oder Schiffsbau wurde von 1 C. auf ½ C. pro Kubikfuß herabgesetzt.

Gesägte Bretter, Planken, Dielen, sonstiges aus Weißholz, Ahorn, Linden pro 1000 F. Brettermaß von 1 D. auf 50 C.

Anders gesägtes Bauholz von 2 D. auf 1¼ D.

„Aber wenn gehobelt oder zugerichtet usw.“ — diese

Sätze bleiben im wesentlichen unverändert, ebenso der Wertzoll von 30 pCt. für Fässer, Tonnen, Kisten usw.

Da eine Holzeinfuhr aus anderen Ländern kaum stattfindet, so brachte der Payne-Tarif im Vergleich zum Dingley-Tarif also für einen wesentlichen Ausfuhrartikel Kanadas eine fühlbare Ermäßigung. — Besondere Zollzuschläge bleiben bestehen für gewisse Artikel aus der Provinz Quebec: mechanisch hergestellte Holzmasse (Zuschlag von $\frac{1}{12}$ C. pro Pfund); Druckpapier (Zuschlag von 35 C. pro Tonne aus Staatswäldern).

Von sonstigen für Kanada wichtigen Zöllen seien hervorgehoben: Gerste 30 C. pro Bushel, Hafer 15 C., Roggen 10 C., Weizen 25 C. — Butter 6 C., Käse 6 C. pro Pfund. Eier 5 C. pro Dutzend.

Die formelle Eröffnung des Kampfes wurde getroffen durch Sekt. 2 des Paynegesetzes. Sie schreibt vor, daß der Präsident als Maximalzoll einen Aufschlag von 25 pCt. des Zolles erheben soll von Einfuhren aus Ländern, die den Vereinigten Staaten einen ungebührlichen Nachteil auferlegen (unduly discriminate). Die Bestimmung, daß auch die Kolonien ihr eigenes Mutterland nicht bevorzugen dürfen, wurde erst gegen den Schluß der gesetzgeberischen Verhandlungen hineingebracht. Sie lautet:

The proclamation issued by the President ... may ... extend to the whole of any foreign country, or may be confined to or exclude from its effect any dependency, colony or other political subdivision having authority to adopt and enforce tariff legislation, or to impose restrictions or legislations, or to grant concessions upon the exportation or importation of articles which are, or may be, imported to the United States.

Eine solche Kolonie ist Kanada. Sie wendet das Recht, nordamerikanische Erzeugnisse höher zu bezollen als andere (englische und englisch-koloniale) an. Daß Erzeugnisse des Mutterlandes einen Vorzug genießen dürfen, steht nicht darin.

Die Klausel mußte in erster Linie Bezug auf Kanada haben. Der Handel mit allen anderen Kolonien fremder Länder

verschlägt nicht gegen den mit Kanada, das am ganzen Norden entlang die Ver. Staaten begrenzt. In der Einfuhr nach den Ver. Staaten gehen nur drei Länder Kanada voran: England, Deutschland und Frankreich. In der Ausfuhr nur England und Deutschland. Die Klausel war offenbar auf Kanada gemünzt. Die Ver. Staaten wollten sich nicht länger die Bevorzugung Englands durch die Kanadier gefallen lassen. Sie drohten ernstlich mit der Anwendung. Dabei trafen sie indes in Kanada auf einen unerwartet heftigen Widerstand, der natürlich von der unionistischen Presse Englands mit allen Kräften unterstützt wurde. Die kanadische Regierung ging mit großer Klugheit vor. Sie erkannte willig an, daß der Payne-Tarif im allgemeinen um 5 Millionen Dollar weniger Zoll von kanadischen Waren erhebe; auch gab sie zu, daß ein Zollkrieg mit einem so wichtigen Nachbarlande eine sehr ernste Sache sei. Allein auch die Vereinigten Staaten müßten zugeben, daß der Zollkrieg für sie sehr ernste Folgen haben könnte. In dieser Beziehung führte man an:

1. Ihre Ausfuhr nach Kanada beträgt 204,6 Mill. D., was selbst für die Vereinigten Staaten keine Kleinigkeit ist; sie ist mehr als doppelt so groß wie die Einfuhr aus Kanada, die sich nur auf 90,8 Mill. D. beläuft.

2. Die Kanadier können die meisten amerikanischen Waren sehr wohl entbehren, denn sie bestehen aus Fabrikaten, die man aus England, Deutschland usw. beziehen kann. Die Vereinigten Staaten riskieren also als Verkäufer einen sehr großen, die Kanadier als Käufer einen geringen Schaden.

3. Die Amerikaner können einen Teil der Einfuhr aus Kanada, namentlich Holz, so wenig entbehren, daß sie sich vor kanadischen Ausfuhrzöllen fürchten. Allerdings kann auch die kanadische Waldnutzung die amerikanische Kundschaft nicht entbehren, aber das ist weniger durchschlagend als das Umgekehrte. Bei Licht besehen beläuft sich unser, das kanadische Interesse, an der Ausfuhr nicht auf 90, sondern auf 70 Mill. D. Denn die Gold- und Silbererze können wir jeden Augenblick anders verwerten oder selbst verhütten.

4. Wenn die kanadische Zufuhr an rohem Holz ausbleibt,

so stehen viele Sägemühlen, Möbelfabriken usw. in den Ver. Staaten still.

5. Amerikanische Bürger haben kanadische Wälder in bedeutendem Umfang gekauft oder gepachtet; an der Schädigung der Waldwirtschaft haben sie einen großen Teil des Nachteils zu tragen.

6. Auch der Handel nach und von Kanada liegt zum weit-aus größerem Teil in den Händen von Nordamerikanern. Von der Störung des Handels erleiden sie den größten Teil des Schadens.

7. An Fluß- und Süßwassersee-Schiffen in kanadischen Häfen war die amerikanische Flagge stärker beteiligt als die kanadische, während die Amerikaner die fremde Flagge in ihrem Küstenhandel gar nicht zulassen.

8. Die amerikanischen Zolltarife sind schon seit lange so feindselig gegen Kanada, daß es schlimmer kaum werden kann. Wohl aber haben wir noch unbenutzte Waffen in unserem Arsenal. Der Betrag des Zolles auf alle Güter aus Kanada nach den Ver. Staaten erreicht 24 pCt., umgekehrt 16 pCt.; auf zollpflichtige Güter aus Kanada nach den Ver. Staaten 42 pCt., umgekehrt 27 pCt. vom Werte.

Die Staatsmänner von Washington mußten erkennen, daß diese Argumente stärker waren als die ihrigen.

Seit Februar 1910 verhandelte man ernstlich zu Washington und Ottawa und gelegentlich kam man von beiden Seiten zusammen in Albany, der Hauptstadt des Staates New-York. Dorthin begab sich sogar der Präsident Taft selber. In den letzten Märztagen kam eine Vereinbarung zustande. Sie enthält folgende Punkte:

1. Die Ver. Staaten wenden gegen Kanada nicht den Maximaltarif der Payne-Bill an, sondern den Minimaltarif.

2. Kanada gewährt den Ver. Staaten die Sätze seines allgemeinen Tarifs. Wohlgemerkt: nicht alle Ermäßigungen, die es Frankreich eingeräumt hatte. Dies ist hitzig verlangt worden, aber Kanada hat es endgültig abgelehnt.

3. Kanada gewährt den Ver. Staaten Zollerleichterungen auf 13 Artikel, ohne Verpflichtung, sie anderen Ländern nicht

zu gewähren. Die wichtigsten derselben sind Baumwollsaatöl, Seidengewebe, einige Weine und einige Früchte, solche, in denen die Ver. Staaten exportfähig sind.

4. Kanada als Dominion hat sich verpflichtet, keine Ausfuhrerschwerungen für Holz und Holzmasse (pulp) einzuführen. Aber es ist anerkannt, daß die einzelnen Provinzen dies doch tun dürfen.

5. Hinsichtlich der von beiden Ländern benutzten Wasserlasten will man sich noch verständigen.

6. Beide Regierungen bekennen sich zu dem Wunsche, ihre beiderseitigen Handelsbeziehungen zu fördern.

Der Vertrag unterliegt noch der Billigung des kanadischen Parlaments, doch ist diese sicher; ferner des amerikanischen Senats. Auch diese ist wahrscheinlich, obgleich man davon spricht, daß sie zweifelhaft geworden sei, weil die Provinz Quebec sofort dazu schreitet, einen Ausfuhrzoll auf Holzmasse einzuführen.

Kein Zweifel: Kanada hat vollständig gesiegt. Es hatte für sich die altbekannte stärkere Bewaffnung des Rohstoffe (zumal unentbehrliche) ausführenden und Industrie-Erzeugnisse einführenden Landes gegenüber dem Industrie-Erzeugnisse ausführenden. Denn Industrie-Erzeugnisse sind im allgemeinen beliebig vermehrbar und anderswoher leicht zu beziehen; eine verlorene Kundschaft darin ist schwer wieder zu gewinnen. Von Rohstoffen gilt das Entgegengesetzte, in vielen Fällen auch von Lebensmitteln.

Den Amerikanern gereichte zum Nachteil, daß sie auch ohne den Maximaltarif ihre Zölle bereits auf die Spitze getrieben hatten.

Wäre es ihnen gelungen, den Sieg zu erringen, so hätten sie damit dem System der britischen Imperial preference einen schweren, vielleicht einen tödlichen Schlag versetzt. Kanada ist dieserhalb das wichtigste Land und ihm sind die Ver. Staaten das wichtigste Land. Wenn sich Imperial preference hier nicht hätte halten lassen, so wäre sie auch anderweitig schwer durchzuführen gewesen. Jetzt triumphieren die Anhänger der Tarifreform und der Zollbevorzugung zwischen

Kolonien und Mutterland. Die Times überschütteten die Ver. Staaten mit Liebenswürdigkeiten und Freundschaftsversicherungen wegen ihrer Nachgiebigkeit. Die Chamberlainsche Agitation für Imperial preference wird vermutlich einen neuen Anstoß bekommen. Denn bisher wurde immer noch bezweifelt, daß sich die Ver. Staaten eine solche Behandlung von ihrem Nachbarlande gefallen lassen würden. Natürlich ist es immer noch unausgemacht, ob diese auch dazu stillschweigen werden, wenn England selbst einmal dazu übergehen sollte, Getreide, Viehzuchtserzeugnisse, Holz von Kanada zollfrei zu lassen, von gleichen Waren aus den Ver. Staaten aber einen Zoll zu erheben.

Für den Augenblick hat das System der Zollbevorzugung zwischen Kolonie und Mutterland eine Schlacht gewonnen; der Besiegte ist die übertriebene Schutzpolitik der Ver. Staaten. Daß eine größere Mäßigung sofort in Kanada viele Bundesgenossen gewinnen würde, ist höchst wahrscheinlich. Die Besiedelung des fernen Westens wird die Macht der landwirtschaftlichen Gegner der kanadischen Schutz Zollpartei stärken. Vergessen wir nicht, daß diese sich der Zollerleichterungen für englische Waren bedienten gegen den kanadischen Schutzzoll!

Die politische Wendung in den Vereinigten Staaten.

So war der Stand der Dinge bis Ende März, als der Vertrag zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten über die Nichtanwendung des nordamerikanischen Maximalzolles und der kanadischen Kampfzollklausel abgeschlossen wurde. Im Laufe des April wurde schon klar, daß sich in den Verein. Staaten eine Erschütterung der herrschenden Partei, der republikanischen, eingestellt hatte, die einen vollständigen Umschwung in Aussicht stellt. Während die Regierung noch mit Kanada verhandelte und dabei auf dem Boden des Hochschutzzolls stand, geriet eben dieser Boden ins Wanken: ein Umstand, der die Nachgiebigkeit der Staatsmänner in Washington ansehnlich gefördert haben dürfte.

Die republikanische Partei, entstanden in den Kämpfen

der fünfziger Jahre um die Aufhebung der Sklaverei und den Schutzzoll, erlangte 1860 bei der Wahl Abraham Lincolns zum Präsidenten zum erstenmal die Herrschaft. Sie hat sich bis heute, also fünfzig Jahre, behauptet mit nur zweimaliger Unterbrechung: 1885—1889 und 1893—1897. Es wird in Deutschland leicht übersehen, daß es sich im Bürgerkriege keineswegs ausschließlich um die Aufhebung der Sklaverei handelte, sondern eben so sehr um den Gegensatz zwischen Freihandel und Schutzzoll. Die Südstaaten waren damals und sind noch heute das Hautproduktionsland für Baumwolle. Auch Tabak ist ein überaus wichtiger Artikel. Mit beiden waren sie stark auf der Ausfuhr angewiesen, und sie sind es noch heute, wenngleich mit Tabak relativ weniger. Einen dritten Artikel von großer Bedeutung bildet Yellow-Pine- und Pitch-Pine-Holz aus den Küstenstaaten des Südens; von letzterem Artikel gehen auch heute noch große Mengen ins Ausland. Endlich liegt der Norden der Südstaaten schon im Mais-Gebiet. Auf alle diese Hauptausfuhrartikel des Südens konnte es keinen Schutzzoll geben. Heutzutage könnte man allenfalls von einem Schutzzoll auf Tabak sprechen, aber der Nutzen reicht nicht hin, um die Haupttabakländer Kentucky, Virginia, Tennessee und Nord-Carolina dem Freihandel zu entfremden. Die Südstaaten hatten und haben noch heute keine nennenswerte Industrie. Die großen Fabriken liegen im Nordosten. Die Neu-England-Staaten, ferner New York, Pennsylvanien und Ohio lieferten schon damals die Fabrikate auch für den Süden, soweit sie nicht vom Auslande kamen. Sie hatten mit hohen Arbeitslöhnen zu rechnen, die ihnen die Erzeugnisse teuer machten. Und um den Bedarf des Südens noch sicherer für sich ausnutzen zu können, wirkten sie auf hohe Schutzzölle hin. Sie errangen im Bürgerkriege den Sieg, der Freihandel fiel.

Diese wirtschaftlichen Verhältnisse veranlaßten damals, daß das freihändlerische England überwiegend mit dem freihändlerischen Süden sympathisierte. Für die öffentliche Meinung Deutschlands kam damals nur die Sklavenfrage in Betracht und diese wandte Deutschlands Herz dem Norden zu. Die Sklavenfrage besteht nicht mehr, aber die Handels-

politik spaltet noch immer die Vereinigten Staaten in den demokratischen, relativ freihändlerischen Süden und den schutzzöllnerischen Nordosten. Die Schutzzölle sind auf einen Stand gebracht, den sich Abraham Lincoln wohl gar nicht hätte träumen lassen. Der Süden ist dem Norden tributpflichtig für Eisenbahnmaterial, Hausrat, Kleidungsstoffe, kurz für alle Industrie-Artikel und kann doch aus den etwa auf seine Erzeugnisse gelegten Schutzzoll keinerlei Vorteil ziehen.

Es war die Sklavenfrage, die schon im Bürgerkriege den Westen zu den Republikanern zog; schutzzöllnerisches Interesse hatte der Westen nicht. Er exportierte in wachsenden Massen Weizen, Mais und Erzeugnisse der Viehzucht, wobei kein Schutzzoll ihm helfen konnte, denn diese Artikel wurden so wenig eingeführt wie Baumwolle. Auch dem Westen fielen die Schutzzölle auf die Industrie-Artikel des Nordostens zur Last. Trotzdem blieb er beim Nordosten. Die ideellen Motive waren ausschlaggebend. Staaten, die absolut nur von der Landwirtschaft leben, wie Jowa, Michigan, auch die beiden Dakotas, haben niemals anders als republikanisch gewählt. Vereinzelt haben Kansas, Nebraska und Illinois für die demokratische Partei gestimmt. Indiana kann dagegen als ein zweifelhafter Staat gelten; es hat 1876, 1884 und 1892 sich demokratisch gehalten, als dann 1896 der Silberschwinder Bryan Kandidat der Demokraten war, fanden sich auch diese drei Staaten wieder auf der Seite der Republikaner und der Goldwährung.

Für Außenstehende ist es schwer zu begreifen, weshalb der landwirtschaftliche Westen so lange an der Sache des Schutzzolls festgehalten hat. Die allerdings sehr verfehlte Münzpolitik der Mehrheit der demokratischen Partei hätte ihn doch nicht zu hindern brauchen, innerhalb der Demokratie für die Goldwährung einzutreten. Das taten die New Yorker Demokraten doch auch. 1904 war außerdem ein Freund der Goldwährung demokratischer Präsidentschaftskandidat: Richter Parker von New York.

Genug, jetzt scheint sich endlich die langerwartete Schwen-

kung des landwirtschaftlichen Westens nach der relativ freihändlerischen demokratischen Partei zu vollziehen. Dafür darf man in erster Linie das immer tyrannischer auftretende Regiment des Trusts verantwortlich machen. Das fest organisierte Riesenkapital des Nordostens beherrscht die ganze Industrie, den Bergbau und sogar einen Teil der Landwirtschaft. Der Fleischtrust von Chikago hat ein Monopol errichten können, dem weder die Farmer noch die Schlachter und die Konsumenten haben widerstehen können. Er diktiert dem einen wie dem anderen die Preise. Der Fleischtrust hat allerdings mit der Handelspolitik wenig zu tun (immerhin wirkt er gerade gegen Kanada); der Eitrust, der Petroleumtrust sind durch Aufhebung der Zölle gar nicht zu bekämpfen. Aber die Stimmung der großen Volksmassen richtet sich in leidenschaftlicher Weise und in stets wachsendem Maße gegen die Trusts im ganzen.

Wohl niemand ist heftiger gegen die Trusts aufgetreten als Präsident Roosevelt. Er hat sie mit den weitgehendsten Worten als gemeinschädlich behandelt, „schlimmer als Straßenräuber, Zuhälter und bezahlte Rowdies“. Man kann wohl sagen, daß er gerade dadurch die beispiellose Mehrheit von 2 545 515 Stimmen erlangt hat, mit der er 1904 zum Präsidenten erkoren wurde. Aber seine Stellung ist dabei durchaus nicht konsequent gewesen. Es war schon wunderlich, daß er betonte, er wolle keineswegs diese großkapitalistischen Korporationen in Bausch und Bogen verdammen; er sei überzeugt, daß sie viele gute Wirkungen haben könnten, nur müßte man sie unter Staatsaufsicht stellen, damit man ihre Dienste dem Gemeinwesen sichere. Welch ein dunkles Programm! Schon in Deutschland, wo die Staatsaufsicht viel feiner durchgebildet ist, würde man wohl davor zurückprallen, irgend einer Behörde eine solche Aufgabe zu übertragen. Aber in den Vereinigten Staaten, wo man nicht einmal die Verstaatlichung der zurzeit an so schweren Mißbräuchen leidenden Eisenbahnen durchzusetzen wagt, wo man nicht einmal eine zentrale Notenbank einrichtet, weil man vor Korruption nicht sicher ist und das Eindringen des Parteigetriebes an die so wichtigen

Verwaltungszweige fürchtet? Amerikanische Staatsaufsicht gegen Unternehmungen der New-Yorker Milliardäre? Es wurden Strafgesetze geschaffen und es wurde wirklich auch einmal ein Strafurteil von $29\frac{3}{4}$ Millionen Dollars gegen die Standard-Oil-Company gefällt. Aber auf dem üblichen Wege der Kompetenzanfechtung wurde dem Vollzug des Gesetzes entscheidendes Hindernis bereitet. Roosevelt erkannte wohl, daß die Hereinlassung ausländischer Waren zu geringeren Zöllen das einzige entscheidende Hilfsmittel sei, um die Trusts um ihre Macht zu bringen. Denn nur hinter den hohen Zollbarrieren können die meisten von ihnen ihre unerhörten Monopolpreise durchsetzen; mit einer Zollerleichterung fallen sie zusammen. Die meisten hätte man doch erfolgreich an der Kehle packen können. Roosevelt sprach auch mehrmals für Zollermäßigung. Aber da bäumten sich die Trusts auf, drohten mit einer Gegenkandidatur und mit Entziehung der Beiträge zu den Parteikassen.

Da wandte Roosevelt persönlich dem widerwärtigen Treiben den Rücken. Leider gab er teilweise nach. Er sprach sich gegen eine allgemeinere Herabsetzung des Zolltarifs aus und unterstützte die Kandidatur des jetzigen Präsidenten Taft. Dieser war den Trusts genehm — schon das ließ einen Rückschluß zu auf die wahre Tendenz seiner kommenden Politik. Man behauptete damals, es sei ein geheimer Vertrag geschlossen, kraft dessen gegen die Trusts nichts ernstliches geschehen sollte, auch namentlich nicht durch eine Herabsetzung des Zolltarifs. Lärmen möge man, so viel man nur könne gegen die Trusts, aber brauchbare Maßnahmen sollten nicht getroffen werden. Darauf hin zahlten die Trusts denn wieder ihre Millionen an die Parteikassen der Republikaner. Roosevelt bereitete seine Jagdreise nach Afrika vor und Taft wurde gewählt. Aber schon das war ein Zeichen eines Stimmungsumschlags, daß Tafts Stimmenmehrheit 1908 nur noch die Hälfte derjenigen Roosevelts betrug: 1 269 804. Und das, obgleich die Demokraten wieder ihren im Osten ganz unpopulären und jedenfalls ganz ungeeigneten Durchfallskandidaten Bryan aufgestellt hatten. So viel hatte durch alles was ge-

schehen war, die republikanische Partei bei den Trustgegnern schon an Kredit verloren.

In der Wahlbewegung war oft das Wort „Revision des Zolltarifs“ gebraucht worden. Die Massen der Wähler nahmen an, daß es eine Ermäßigung geben solle und daß man damit den Trusts zu Leibe gehen wolle. Viele wenigstens glaubten das noch. Aber die schlaun Drahtzieher des Kongresses, an ihrer Spitze die Senatoren Aldrich (Rhode Island) und Hale (Maine) sowie im Repräsentantenhause der Sprecher Cannon, wußten es zu lenken, daß die Zollerhöhungen an Zahl und Bedeutung die Herabsetzungen bei weitem überwogen. Als der Tarif Gesetz geworden war, machte sich großer Zorn geltend; er nahm ununterbrochen zu. Im Herbst machte der neue Präsident seine Rundreise; schon dabei trat ihm im mittleren Westen statt des erwarteten Jubels Unzufriedenheit entgegen, die ihn veranlaßte, sich in der Lobpreisung des neuen Zolltarifs sehr zu mäßigen.

Gerade im mittleren Westen wurde die Situation immer heikler. In dem stets zweifelhaften Staat Indiana war Senator Beveridge als Mitglied der republikanischen Partei gewählt. Er stimmte trotzdem im August offen gegen den Zolltarif — ein Ungehorsam gegen die Parteileitung, der in dem so ausgesprochen auf strenger Disziplin beruhenden nordamerikanischen Parteiwesen stark empfunden wurde. Im April trat die republikanische Parteikonvention von Indiana zusammen. Die Drahtzieher von Washington bemühten sich, Beveridge zu beseitigen, selbst Präsident Taft tat das. Aber man gab ihm nur einen kühlen Dank und votierte für Beveridge. Dieser Mann ist der Mittelpunkt einer förmlichen Insurrektionspartei geworden, die sich vorwiegend aus dem mittleren Westen rekrutiert. Die Parteileitung hat sich sehr um sie bemüht, mit Zuckerbrod und Peitsche. Aber es ist völlig ungewiß, ob es ihr gelingt, sie auch nur äußerlich in dem Parteiverbande festzuhalten. Die Disziplin ist dahin. Man spricht ganz offen von dem gänzlichen Zusammenbruch der Parteimaschinerie.

Im Repräsentantenhause haben die „Insurgenten“ den für Amerika unerhörten Schritt getan, sich mit den Gegnern, den

Demokraten, zu verbinden, um dem allmächtigen Sprecher eine Niederlage beizubringen. Es handelte sich nur um eine winzige Kleinigkeit, um ein für Cannon persönlich bestimmtes Automobil. Man lehnte es ab, um dem „Cannonismus“ einen Schlag zu versetzen. Er traf empfindlich; wenn nun auch Cannon erklärte, er werde trotzdem bis zum 4. März 1911 sein Amt behalten, so ist seine Autorität doch schwer geknickt. Die Mehrheit betrug 132 gegen 111 und umfaßte auch 22 republikanische Insurgenten.

Im Senat ist das Mittel der Drahtzieherei die Besetzung der Ausschüsse. Die Obermaschinen haben es immer in der Hand, die Ausschlußmehrheit mit ergebenen Leuten zu besetzen, so daß selbst abweichende Meinungen aus der eigenen Partei erstickt werden. Die letzten Machthaber dieser Art — früher gehörten auch noch die Senatoren Mark Hanna, Platt, Spooner und Allison dazu, diese sind tot oder ausgeschieden — sind Aldrich und Hale. Die Disziplin der republikanischen Partei im Senat ist derart erschüttert, daß beide Männer erklärt haben, ihre am 31. März 1911 erlöschenden Mandate nicht wieder annehmen zu wollen. Der Vorgang macht das größte Aufsehen.

Aber auch in der Wählerschaft treten bereits Zeichen eines vollständigen Umschwungs hervor. Ein Wahlkreis in dem erzrepublikanischen Massachusetts, der stets eine sehr starke republikanische Mehrheit gehabt hat, wählte plötzlich im März 1910 mit großer Mehrheit demokratisch. Ebenso die früher unwandelbar republikanische Stadt Rochester im Staat New York; hier kam allerdings hinzu, daß der republikanische Kandidat der Bestechlichkeit überführt war. In Milwaukee siegte plötzlich ein sozialdemokratischer Mayor-Kandidat.

Unmittelbarer noch als die durch die neuerliche Zollerhöhung hervorgerufene Verdrossenheit wirkt andauernd auf die Massen das Treiben der Trusts. Die Roosevelt'schen Maßregeln gegen sie haben sich als erfolglos erwiesen. Ein heftiger Vorstoß des ehemaligen Präsidenten richtete sich gegen den Fleischtrust, der der ekelhaftesten materiellen Schmutzereien überführt werden konnte, was naturgemäß die größte Erbit-

terung hervorrief. Die seitdem eingeführte obrigkeitliche Aufsicht mag ihre Schuldigkeit getan haben; darüber ist wenig mehr verlautet. Aber die Macht des Fleischtrusts ist ungebrochen. Im Februar und März trieb er plötzlich die Verkaufspreise stark in die Höhe, z. B. für Rindfleisch von 6 auf 7 bis $7\frac{1}{2}$ Cents für das amerik. Pfund. Es kam bis zu einem Boykottversuch; Hunderttausende wurden zeitweilig Vegetarianer. Erklärlicherweise wurde damit doch kein durchschlagender Erfolg erzielt.

Kurz bevor die Präsidenten- und Kongreßwahl vom November 1908 stattfand, trat Hearst, ein ehemaliger demokratischer Parteimann, der eine selbständige Partei gründen wollte, mit beweiskräftigem Material hervor, das Männer aus der ersten Reihe der Republikaner wie der Demokraten (u. a. einen Senator, einen Gouverneur, ein Repräsentantenhausmitglied, einen Parteischatzmeister) überführte, von Trusts persönlich für politische Zwecke große Summen bezogen zu haben. Sie hatten Gesetze verhindert, die den Trusts unangenehm waren und dergl. Die Sache machte ein riesiges Aufsehen. Sie mag zu dem schon erwähnten Herabsinken der republikanischen Mehrheit beigetragen haben. So niederschmetternd, wie man wohl diesseits des Ozeans erwartet haben mag, wirkte sie nicht. Die Enthüllungen kamen zu nahe vor dem Wahltag; sie waren für die demokratischen Persönlichkeiten insofern noch belastender als für die republikanischen, weil jene einer Partei angehörten, die sich die Bekämpfung der Trusts zum Hauptzweck gemacht hatte; auch ist man in Amerika nachsichtig gegen Korruption, weil man sie von jeher kennt. Die Nachwirkung dürfte aber doch nicht ausbleiben.

Die Gemütsverfassung der amerikanischen Wählerschaft scheint doch allmählich eine andere geworden zu sein. Die erwähnten Dinge haben zu einheitlich gegen die Trusts, gegen die Drahtzieher, gegen den Hochschutzzoll gewirkt. Bewährte Kenner der amerikanischen Verhältnisse, wie z. B. der nordamerikanische Korrespondent der Times, der ein ausgesprochener Freund der Republikaner ist, sprechen die Ansicht aus, daß selbst eine innere Reform dieser Partei ihren Zusammenbruch

nicht mehr hindern werde. Im November dieses Jahres wird wahrscheinlich schon eine demokratische Repräsentantenhaus-Mehrheit gewählt werden. Im Hause sitzen jetzt 225 Republikaner, 169 Demokraten, 1 Unionist, 3 Sitze sind unbesetzt.

Während das Haus alle zwei Jahre völlig neu gewählt wird, unterliegt vom Senat alle zwei Jahre nur ein Drittel der Neuwahl. Dort sind 58 Republikaner und nur 34 Demokraten vorhanden. Es ist unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich, daß schon 1910 die Mehrheit auf die andere Seite gehen könnte; für 1912 wäre es eher anzunehmen. Alles hängt davon ab, wie stark sich die mittleren Weststaaten an der erwähnten Insurrektion beteiligen. Greift diese weiter um sich, so ist es möglich, daß schon 1912 die eigentliche alte republikanische Partei nicht mehr im Besitz der Mehrheit bleibt. Auch New York und New-Jersey, jetzt republikanisch vertreten, sind zweifelhafte Staaten, beide haben diesen November je einen neuen Senator zu wählen. Selbst wenn im November 1910 eine demokratische Kongreßmehrheit entsteht, so hat sie bis zum 4. März 1913 mit dem republikanischen Präsidenten Taft zu rechnen.

Aussicht auf einen Gegenseitigkeitsvertrag zwischen der Union und Kanada.

Es ist schon weiter oben erwähnt, daß die Sorge vor einer Einbuße an Popularität die auf die Regierung zu Washington so einflußreiche republikanische Partei zu der Nachgiebigkeit gegen Kanada mit beigetragen haben mag. Die Zeichen, daß man bei der Wählerschaft viel eingebüßt habe, daß man den Bogen überspannt habe, konnten nicht verkannt werden.

Seit Anfang Mai tritt plötzlich eine neue Wendung hervor. Von Washington aus ist der Gedanke angeregt, daß die Vereinigten Staaten und Kanada suchen sollten, auf dem Wege des „Gegenseitigkeitsvertrags“ einander in die Hände zu arbeiten.

Sollte das gelingen, so würde Kanadas Verhältnis nicht nur zu den Verein. Staaten, sondern auch zu England ein voll-

ständig anderes werden. Ein Gegenseitigkeitsvertrag wäre der Versuch, mit freundlichem Entgegenkommen den kanadischen Markt noch mehr zu erobern, ein Versuch, der soeben mit dem Drohmittel des Maximalzolles angestellt worden und fehlgeschlagen war. Auch er ginge auf Englands Kosten und bedrohte die Imperial preference nunmehr von der anderen Seite. Sollte er gelingen, so wäre das System der Zollbevorzugung zwischen England und seinen Kolonien nicht nur hinsichtlich Kanadas in Gefahr gebracht, sondern im ganzen.

Das System der sog. Reziprozitätsverträge ist ein alter Bestandteil des republikanischen Programms. Es ist am meisten unter dem Präsidenten Harrison (1889—1893) durch den Staatssekretär Blaine gefördert. Es läuft darauf hinaus, daß die Verein. Staaten und die übrigen amerikanischen Länder sich gegenseitig Zollerleichterungen gewähren sollen, an denen der europäische Handel keinen Anteil haben soll. Der Bedarf der süd- und mittelamerikanischen Länder soll möglichst der Deckung durch die Verein. Staaten vorbehalten bleiben. „Amerika für die Amerikaner.“ Es gelang damals eine ganze Anzahl solcher Verträge abzuschließen. Allein bald fanden die kleineren Länder aus, daß sie bei Importen aus den Verein. Staaten wohl weniger Zoll einnahmen als bei solchen aus Europa, daß sie aber die Artikel darum nicht billiger hätten. Die Amerikaner erhielten nur mehr Geld, die Käufer aber müßten ihre Staatskassen durch andere Steuern füllen. Nordamerikanische Artikel könnten wohl im Süden europäische verdrängen, nicht aber könnten südamerikanische Waren europäische im Norden zurückdrängen. Südamerika konkurriere kaum mit Europa, könne also gar keinen Vorteil davon haben. „Amerika für die Amerikaner“ bedeute also „Amerika für die Industrie der nordamerikanischen Nordoststaaten“. Das sei kein Programm, bei dem Süd- und Mittelamerika profitieren könne; diesem sei Europa als Kunde ganz ungleich wichtiger als Nordamerika. — Als 1893 die demokratische Partei ans Ruder kam, ließ sie die Verträge eingehen. Erst vor einigen Jahren gelang es der republikanischen Regierung (Roosevelt und Staatssekretär Root) wenigstens mit Brasilien (auf Grund vollständiger Zoll-

freiheit für Kaffee) und Ecuador wieder solche Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen. — Auf die besonderen Beziehungen der Verein. Staaten zu Cuba soll hier nicht eingegangen werden.

Seinerzeit zog Staatssekretär Blaine auch Kanada in den Bereich seiner Verhandlungen. Die damals freihändlerischen liberalen Kanadier (Sir Richard Cartwright und Genossen) gaben den Anstoß, um zur Herabsetzung der Zölle zu kommen. Die konservative Regierung (Sir Charles Tupper) griff in die Wahlbewegung von 1891 mit Macht ein, „um der Regierung in Washington zu zeigen, daß die kanadische Bevölkerung auch in dieser Frage hinter ihr stehe“. Sie erlangte eine ausgesprochene Mehrheit. Dennoch verhandelte man in Washington. Blaine trat mit sehr scharfen Forderungen auf. Er „verweigerte weiter zu verhandeln, ausgenommen auf der Grundlage gegenseitig freien Handels in Rohprodukten und Fabrikaten zwischen beiden Ländern und einem vereinbarten, gemeinschaftlichen (combined) Tarif gegen fremde Länder“. Also zollfreie Einfuhr nordamerikanischer Fabrikate nach Kanada unter Verpflichtung zu Zöllen selbst gegen England! Die Gegenseitigkeit, nämlich die zollfreie Einfuhr von Rohprodukten (allerdings auch Fabrikaten, aber diese kamen damals vollends kaum in Frage) nach den Verein. Staaten, wäre doch wohl sehr ungenügend gewesen. Kanada aber wollte nur auf Rohprodukte die „Gegenseitigkeit“ gewähren; es lehnte ab, die Verein. Staaten gegenüber England zu begünstigen. Das wiederum wiesen die Verein. Staaten zurück, weil es allein der kanadischen Ausfuhr zugute gekommen wäre. — Gleichwohl hielten die Liberalen die „Gegenseitigkeit“ mit den Verein. Staaten auch für ihr nächstes Programm fest. Sie zogen damit noch in den Wahlkampf von 1896.

Inzwischen aber hatte sich in den Verein. Staaten alles verändert. Von März 1893 bis März 1897 war die demokratische Partei mit Cleveland als Präsidenten am Ruder gewesen. Sie hatte alle Reziprozitätsverträge eingehen lassen. Als 1897 der Republikaner Mc. Kinley das weiße Haus in Washington bezog, war man heftig darüber aus, den hochschutzzöllnerischen Dingley-Tarif zu schaffen. Es kam dann der Krieg mit Spanien.

Die Gegenseitigkeitspolitik begegnete in Südamerika Schwierigkeiten. In Kanada gab die inzwischen wirtschaftlich herumgeschwenkte liberale Regierung den schutzzöllnerischen Wünschen Gehör, sie nahm die weiter oben ausführlich geschilderte Politik der Zollbevorzugung mit England auf und ließ es darüber beinahe zum Zollkriege mit den Verein. Staaten kommen, wobei sie jedoch siegreich blieb.

Sollte Kanada darauf eingehen, so wäre der Umschwung so vollständig wie nur möglich. Dann kämen auf diesem Wege die Verein. Staaten dahin, einen Vorzugsplatz in Kanada zu erobern. Und England, das soeben über die Zurückweisung des Versuches, ihm Kanada handelspolitisch abspänstig zu machen, triumphiert hatte, sähe sich um seinen ganzen Erfolg betrogen. Man weiß freilich nicht, auf welches Maß von gegenseitiger Zollbevorzugung sich ein solcher kanadisch-amerikanischer Vertrag erstrecken wird. Davon hängt viel ab. Betrachten wir die Forderung des Staatssekretärs Blaine um 1890. Er wollte nicht anders weiter verhandeln als auf der Basis des gegenseitigen freien Handels mit Rohstoffen und Fabrikaten. Kanada sollte alle nordamerikanischen Industrie-Erzeugnisse frei hereinlassen. Man wollte seine eigene junge Industrie mit Hilfe der schon hochentwickelten nordamerikanischen erwürgen und die letztere an ihre Stelle setzen. Nach den oben gemachten Schilderungen kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Eisen- und Stahltrusts die kanadischen Werke rasch vernichtet hätten, vielleicht mit anfänglichen Opfern, aber die Trusts kennen ja die Mittel, sich dafür nachher schadlos zu halten. Ähnlich wäre es mit vielen anderen Industrien gegangen, selbst mit der schon befestigten Wollindustrie.

Jetzt ist die kanadische Industrie befestigter. Selbst die Trusts müßten mit ihr rechnen; wahrscheinlich würden sie sie in ihr Interesse ziehen; sie würden die kanadischen Fabrikanten, die ja zum Teil amerikanische Bürger sind, in ihren Verband aufnehmen und ihnen einen Anteil an der Produktion und dem Gewinne geben. Die reichen Wasserkräfte Kanadas würden nutzbar gemacht werden können auch für die Deckung des Bedarfs der Verein. Staaten. Die kanadische Holzindustrie,

die so lange gegen die Schutzzölle der Verein. Staaten gekämpft hat, würde aufjubeln, denn nun mit einem Male hätte sie mehr als worauf sie jemals zu hoffen gewagt hat. Vollständig freien Eintritt nicht nur ihrer Bretter und Balken, sondern alles behobelten und sonst zubereiteten Holzes, ihrer Möbeln, ihrer fertigen, nach dem Transport wieder zusammensetzenden Häuser. Die ganze Waldnutzung würde profitieren. Ebenso der Landbau und die Viehzucht; man denke nur an die Riesenproduktion Kanadas an Käse! Auch die Fischerei hätte mit einem Male ein stark erweitertes Absatzgebiet. Es wäre leicht an den Fingern herzuzählen, welche Produktionszweige in den Verein. Staaten einer solchen Zolleinigung entgegenzutreten müßten. Das ist gar nicht einmal nötig.

Alles kommt darauf an, ob und wie die zu großen Organisationen verbundenen Interessentengruppen nördlich und südlich der Grenze sich einigen würden. Wenn die Trusts der Verein. Staaten die Industrie Kanadas erwürgen wollen, werden sie mit ihrem „Gegenseitigkeits-Vertrag“ das kanadische Volk gegen sich haben und England wird alles erdenkliche tun, um seine Kolonie zu unterstützen. Wenn aber die Trusts mit verlockenden Anerbietungen kommen, um die kanadischen Unternehmer auszukaufen oder in ihre Interessenkreise zu ziehen, so ist alles möglich. Dann kann man bald erleben, daß die Verein. Staaten einen neuen Markt von vorläufig 6 Millionen Seelen und von ungeheurer räumlicher Ausdehnung erobern. Sicherlich ist das Eindringen einer wirtschaftlichen Großmacht wie des amerikanischen Trustwesens eine Schicksalswendung von unabschbarer Bedeutung. Man sollte sagen, das ganze Volk müßte zusammenstehen, um den Eroberungszug der Trustleute abzuwehren. Es müßte doch die Summe von Haß, die die Trusts in ihrer eigenen Heimat gegen sich wachgerufen haben, auch dem kanadischen Volke vor Augen treten. Man müßte im voraus erkennen, wie die Gewaltherrschaft dieser Monopoltyrannen sich auch im Lande des St. Lorenzstromes, im fernen Bereich der Prairien betätigen würde. Wenn in weiten Teilen der Verein. Staaten die Konsumenten, die Arbeiter und die jungen auftretenden Konkurrenten in-

grimmig an den Ketten rütteln, die die monopolistisch organisierten Riesenkapitalisten von Pennsylvania, New York, Massachusetts ihnen angelegt haben, so müßten die Kanadier alles aufbieten, um sich vor solchem Unheil zu bewahren. Aber was wird geschehen, wenn der Stahltrust den Unternehmern der kanadischen Schienenwerke für Anlagen, die vielleicht 10 Millionen Dollar wert sind, 15 Millionen bietet? Wenn man den Fischern, Holzfällern, Sägemühlenbesitzern, den Waldeigentümern und Pächtern auf einmal verlockend die freie Einfuhr ihrer Produkte nach dem kaufkräftigen Süden anbietet? — Wenn die konservativen Kanadier zu Anfang der neunziger Jahre die geforderte volle Gegenseitigkeit ablehnten und nur eine solche auf Rohprodukte gewähren wollten, so kann man das nur erklärlich finden. Allein es ist sehr wohl möglich, daß heute die Anerbietungen ganz anders lauten als damals. Zwanzig Jahre sind ins Land gegangen und in dieser Zeit sind die Geldkräfte der Trusts ins Ungeheure gewachsen. In dieser Zeit sind auch in Kanada industrielle Unternehmungen von sehr bedeutendem Werte entstanden. Was damals „über Preis“ zu bezahlen gewesen wäre, hätte nicht viel verschlagen. Heute „ziehts dahin“. Kurzum, man kann nur sagen: heute ist alles möglich.

Wenn die Amerikaner nicht bezweckten, auf diesem Wege die europäischen Waren, also in erster Linie die englischen, zurückzudrängen, so hätten sie wohl nicht soeben den Kampf mit ihrem Maximaltarif gegen die den Engländern gewährten Vorzugszölle geführt. Das Ziel ist ein und dasselbe: die Eroberung des kanadischen Marktes. Nur das Mittel ist verschieden. England hat 1908 für 82 Millionen Dollars Fabrikate nach Kanada ausgeführt. Das ist ein Kampfobjekt, um das zu streiten sich lohnt. In England hat man denn auch den Ernst der Lage vollauf begriffen. Man erkennt, wie sich die Situation verschoben hat. Wenn man auch mit patriotischem Stolze hervorhebt, daß die Kanadier den amerikanischen Drohungen erfolgreich getrotzt haben, so zweifelt man doch wohl, ob sie Lockungen der geschilderten Art ebenfalls wachsen werden.

Höchst bezeichnend ist ein Leitartikel, in dem die Times vom 5. Mai 1910 die plötzlich auftauchende Nachricht von Verhandlungen über einen amerikanisch-kanadischen Gegenseitigkeitsvertrag behandelt. Wenige Wochen zuvor hatte sie noch die Amerikaner mit den überschwänglichsten Liebenswürdigkeiten überschüttet, weil sie in dem Ringen mit Kanada um die Imperial preference nachgegeben hätten. Jetzt ist sie plötzlich von Angst erfüllt. „Die Bewegung zugunsten Gegenseitigkeit mit Kanada wird rapide ein leitender Charakterzug in dem republikanischen Programm in den Verein. Staaten.“ Es sei möglich, daß Präsident Taft darin eine goldene Gelegenheit sehe, die zollpolitische Seite des republikanischen Programms zu reparieren und das Prestige seiner Partei im fernen Westen damit wieder herzustellen. Taft hatte am 30. April in Buffalo geredet und aufs neue erklärt, daß er die Verhandlungen mit Kanada unverzüglich vorgenommen zu sehen wünsche. Da inzwischen die Provinzen Quebec und Ontario, also die hauptsächlichsten Waldprovinzen, aufs neue den Entschluß gezeigt hätten, die Ausfuhr von Schleifholz (für Holzmasse) aus ihrem Bereich zu erschweren oder zu verbieten, so werde die Reziprozitätspolitik stärker als je unterstützt. Da nun in den Verein. Staaten die feindselige Bewegung wachse gegen jegliches System, das die Preise für Rohprodukte und besonders für Lebensmittel verteuere, so glaubt auch die Times, daß die Frage brennend werde. Die bedrängte Lage der republikanischen Partei zwingt diese, sich auf solche Weise Rettung zu verschaffen.

Daraus zieht nun das englische Blatt eine ganz merkwürdige Konsequenz: „Diese Umstände drängen nun die unionistische Partei Englands, einen Waffenstillstand auszurufen, um Tarif-Reform (Einführung von Zöllen zugunsten kolonialer Erzeugnisse) zu predigen ... Nichts kann für die Einheit des britischen Weltreichs von größerer Bedeutung sein, als die Zusammenfassung aller der großen Handels-Interessen unter der Flagge, sobald sich die erste Gelegenheit bietet. Wir haben nur noch eine knappe Zeit, in der die Politik der Imperial preference gesichert werden kann ... Es ist wichtig, daß die

Partei alles aufbietet, um unverzüglich die Wählerschaft dahin zu bringen, daß sie Maßregeln erzwingt, die rasch vorgehende Gelegenheit zu benutzen. Mr. Balfours Ankündigung, daß die Politik der unionistischen Partei die sein werde, allen Waizen im ganzen britischen Reiche zollfrei hereinzulassen, ist auf zweierlei Weise wertvoll gewesen. Sie hat in erster Linie den Argumenten der Unionisten neue Kraft gegeben und sodann hat sie den Kolonien gezeigt, daß die nächste unionistische Regierung den Produkten des britischen Reiches einen Zollvorzug verbürgen wird.“ Das werde auch für die kanadische Frage von höchster Bedeutung sein, da die Weizenproduktion im kanadischen Westen die Gemüter so sehr beschäftige. Die dortigen Einwanderer aus allen möglichen Ländern würden für den Bau der englischen Reichsverfassung wenig Sympathie empfinden, wenn ihnen seine Vorteile nicht handgreiflich klar gemacht würden.

Der Artikel vermeidet jegliche den Amerikanern unangenehme Bemerkung. Aber man fühlt leicht heraus, wie sehr er fürchtet, daß die Verlockungen doch bei den Amerikanern Boden finden könnten. Es wird alles aufgeboten, um zunächst die englische Wählerschaft aufs neue für die Zollreform, für Imperial preference zu begeistern. Hätte die Wendung in Amerika auch nur diese Folge, so müßte man sie schon unter die bedeutenden Ereignisse rechnen.

Am 12. Mai kommt das Blatt auf die Gegenseitigkeitsfrage zurück. Es schildert ausführlich, wie die große englische Ausfuhr nach Kanada nur durch die von Kanada gewährten Vorzugszölle möglich gewesen sei. Schon sei der Vorteil, von 10—24 % ad volorem, den es gegen Deutschland gehabt habe, auf die Hälfte ermäßigt; einen Vorteil von 10—12½ % habe es vor Frankreich, der Schweiz usw. genossen. Auch dieser sei reduziert. Neuerlich habe Kanada den Verein. Staaten eine Zollermäßigung eingeräumt. „Dreizehn Jahre lang haben wir den Vorzug in Kanada genossen. So lange hat Kanada unsere Industrie geschützt gegen fremden Wettbewerb, während wir jegliche Erwiderung abgelehnt haben. Und jetzt stehen wir der Tatsache gegenüber, daß diese Vorteile ernstlich reduziert

sind“. Wenn noch in zwölfter Stunde das britische Volk den riesigen Wert der Imperial preference ermessen könne, so möge es die Politik der Unionisten unterstützen, sonst würde der Rest des Vorzugs in Kanada in wenigen Jahren verschwinden. „Damit verstreichen auch alle die großen Gelegenheiten für Imperial consolidation, für engeren Zusammenschluß aller Teile des Kaiserreichs, die die Politik der Preference gewähren kann.“ „Wir haben eine Gelegenheit, die nie wiederkehren wird.“

So soll denn nach dem Wunsch der englischen Schutz-zöllner das Anerbieten der Verein. Staaten an Kanada, auf einen Gegenseitigkeitsfuß zu treten, dahin führen, daß in England die Tarifreform und die Imperial preference samt Imperial consolidation durchgeführt werde. Ob dazu Aussicht ist oder nicht, geht über den Rahmen dieser Abhandlung hinaus. Verleiht die Wendung den englischen Konservativen den Sieg, so werden unabsehbare Folgen damit verknüpft sein. Die Konservativen sind dann vollauf bereit, den Wünschen der Kolonien nach Zöllen für fremdes Getreide und mancherlei andere Lebensmittel und Rohstoffe zu entsprechen, deren Liste wohl noch nicht einmal im Kopfe der Balfour und Chamberlain feststeht, die aber ein anderer vollends nicht aufstellen kann. Es mögen auch noch Fleisch und tierische Produkte, Wolle, Häute, Schmalz dazu gehören, ferner Holz. Es ist gar nicht abzusehen, wo man Halt machen will, wenn man sich einmal auf diese Bahn begibt. Noch bei der Parlamentsneuwahl vom Frühjahr 1910 ist diese Politik an dem Widerstande der britischen Industrie gescheitert. Nordengland, Schottland, Wales wollten nichts davon wissen. Wird es nun bei der vielleicht nicht mehr fernen abermaligen Wahlen einen Umschwung geben?

Wenn aber diese Politik eingeschlagen wird, werden die übrigen Lieferanten von Rohstoffen und Lebensmitteln sich eine solche Behandlung durch England gefallen lassen? Deutschland ist nur in winzigem Umfang daran beteiligt; es führt selbst Rohstoffe und Lebensmittel ein und Fabrikate aus. Aber Rußland und Skandinavien? Rumänien? Argen-

tinien? Und vor allem die Vereinigten Staaten? Werden diese stillschweigen, wenn ihr Weizen und ihr Schmalz in England einem Zoll unterliegt, von dem gleiche Erzeugnisse aus Kanada befreit sind? Auf diese Fragen gibt es vorläufig keine Antwort.

Umgekehrt, wenn Kanada auf das nordamerikanische Anerbieten eingeht, so ist es mit der Imperial Preference aus.

Wir bemerkten schon, daß es bis jetzt noch an jedem Anhalt dafür fehlt, in welchem Maßstab die gegenseitige Zollermäßigung zwischen Kanada und den Verein. Staaten gehalten sein würde. Es gibt große Abstufungen, ehe der Blainesche Vorschlag einer vollkommenen gegenseitigen Einfuhrfreiheit erreicht sein würde. Wie es bei diesem letzteren mit den Zolleinnahmen gehalten werden würde, ermangelt jeder Andeutung. Im deutschen Zollverein machte diese Frage nicht allzugroße Schwierigkeit; größere entstehen schon für Österreich und Ungarn, aber auch diese bilden doch noch ein einziges Reich. Von der Verteilung der Zolleinnahmen eines nordamerikanischen Zollvereins kann man sich schwerlich ein Bild machen. Da bleibt dann wohl nur eine vertragsmäßige Herabsetzung der beiderseitigen Zölle für die beiderseitigen Erzeugnisse übrig.

Also Zollbegünstigung Englands und Zollbegünstigung der Verein. Staaten! Da beide die weitaus bedeutendsten Lieferanten Kanadas sind, so heben jene beiden Begünstigungen sich eigentlich auf, denn die anderen Länder kommen wenig in Betracht. Soll England die hauptsächliche genießen und die Verein. Staaten nur die nebensächliche? In jedem Falle wird wohl der Minderbegünstigte schmollen. Man steht einstweilen noch dem Problem der Quadratur des Zirkels gegenüber.

Wenn Kanada in erheblichem Umfange den Wünschen des Nachbarlandes Rechnung trägt, so wird England von seiner Ausfuhr nach Kanada einen sehr großen Teil verlieren. Ja, dann ist das Kunstwerk der Imperial preference eigentlich schon zerstört. Dann werden England wie seine Kolonien erkennen müssen, daß eine etwaige „g r ö ß e r britannische“ Zollvorzugspolitik allezeit den Wechselfällen der anderen wichtigen Handelsländer ausgesetzt ist, namentlich derer, die

Rohstoffe und Lebensmittel liefern und Fabrikate kaufen. Es wäre äußerst gewagt von England, wenn es sich auf eine solche Politik festlegen und damit die Möglichkeit verlieren wollte, der wechselnden Handelspolitik anderer Länder zu folgen. Wie z. B., wenn in den Verein. Staaten eine liberalere Zollpolitik möglich würde, wenn die demokratische Partei nach einem Wahlsiege den Engländern anböte, einen Handelsvertrag auf der Basis englischen Freihandels und amerikanischer Zollherabsetzungen anzubieten? Würde dann England sagen: ach nein, wir haben uns gegen Kanada gebunden, einige eurer Artikel mit Zöllen zu belegen?

Im Fall des Eintretens Kanadas in einen Gegenseitigkeitsvertrag mit den Verein. Staaten werden auch die übrigen englischen Kolonien erkennen, auf welchen tönernen Füßen der Koloß eines „g r ö ß e r britannischen“ Zollbundes steht.

Am allerwenigsten ist an eine rasche Entscheidung über das höchstverwickelte Problem eines Gegenseitigkeitsvertrages zwischen Kanada und den Verein. Staaten zu denken. Die Sommerferien des amerikanischen Kongresses stehen bevor. Am 8. November wird ein neues Repräsentantenhaus gewählt. Das alte behält zwar bis zum 4. März 1911 sein Mandat, aber die Wahl wird doch ihre Schatten schon in die Wintersession hinauswerfen.

Die beiden Prinzipien: großbritannische Zollbevorzugung und panamerikanische Zollbevorzugung sind an einem kritischen Punkt angelangt. Wohin die Entscheidung fallen wird, ist noch nicht erkennbar.